

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, **Johannisstraße 50**, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **RM. 1.60**. Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis **9 Uhr** Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 275.

Dienstag, den 25. November 1902.

9. Jahrgang.

Siehe eine Beilage.

## Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.

Berlin, 22. November.

Aus dem Reichstage. Am Sonnabend sah der Reichstag zu Gericht über die Polizei. Für die Rechte haben solche parlamentarischen Gerichtsitzungen im Allgemeinen wenig Interesse; allein die Festnagelung ihrer Schwänzer am vorigen Sonnabend durch Singer scheint doch nicht ohne gute Folgen geblieben zu sein. Die Bänke rechts vom Centrum waren mächtig, aber sie waren immerhin besetzt; neben Dertel, der sonst bei derartigen Gelegenheiten als oftmals alleiniger Rechtenvertreter zu fungieren pflegt, sah man auch v. Kardorff und andere konservative Parteihäupter. Auf der Tribüne sah man ein ziemlich zahlreiches Publikum versammelt, u. A. war Fräulein Augusta erschienen, die mit großer Ausdauer den Verhandlungen bis zu ihrem Ende beiwohnte. — Auf der Tagesordnung stand die Interpellation unserer Fraktion über die in der letzten Zeit sich häufenden polizeilichen und richterlichen Uebergriffe. Steptiker hatten mehr oder minder laute Zweifel geäußert, ob die Regierung, d. h. der Reichskanzler, die Interpellation beantworten und sich nicht vielmehr hinter den mit Recht so beliebten Kompetenzvorwand verschanzten würden. Aber diesmal war ihr Mißtrauen unbegründet. Herr Nieberding, des Reichsjustizamts Staatssekretär, erklärte sich im Auftrage des Reichskanzlers zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit. Selbst zu erscheinen hat Graf Bülow allerdings verschmäht; ebenso wenig ließ sich Herr Schönstedt, königlich preussischer Justizminister, blicken; genannter „Staatsmann“ hat eine merkwürdige, aber tiefgewurzelte Abneigung gegen das Haus am Königsplatz, dafür aber eine um so zärtlichere Vorliebe für Preußens Herren- und Abgeordnetenhaus; er will bekanntlich nicht gern als „Kugelfang“, um mit Seiner Excellenz höchstgelegenen Worten zu sprechen, dienen, schießt vielmehr lieber seine — nicht eben wirklichen — Pfeile gegen Sozialdemokraten an Orten ab, wo es — dank Verfassungsmanteluffeleien — keine Sozialdemokraten giebt. Herr Schönstedt ist ein alter Herr, der schon über 8 Jahre dem Lucanus getrost hat; in seinem Alter verzichtet man nicht mehr auf liebgewordene Gewohnheiten; so wird denn, fürchten wir, auch künftig der Reichstag sich ohne Schönstedts Anwesenheit behelfen müssen, wenn auch des ausschlaggebenden Centrums Justizredner, Herr Gröber aus Schwaben, nach des Justizministers aus Preußen Anwesenheit schreit, wie der Hirsch nach frischem Wasser.

Immerhin — es geht auch so. Auch ohne Herrn Schönstedt war die Sonnabendung sehr interessant. In glanzvoller Rede, deren Eindruck sich eingetandenermaßen auch die Reaktionsäre der Rechten nicht entziehen konnten, geißelte Herr Nieberding die neuallpreussische Willkür, die — nicht auf Preußens Grenzen beschränkt — in den Fällen Augsburg, Tampe, Kappaport und, besonders empörend, im Falle des gefesselten Redakteurs Hoffmann-Kattowitz so anmaßlich sich geäußert hat.

Herr Nieberding antwortete. Auszuleugnen konnte er sich nicht legen. Er gab einige Mißgriffe an, andere suchte er zu bemänteln, andere stellte er in Abrede, wieder von anderen wußte er rein gar nichts. Dem Reichskanzler mißfielen Fälle wie Hoffmann, versicherte er durchaus glaubwürdig, setzte aber hinzu, daß des Reichskanzlers Macht eitel Stückwerk sei, und von den eifersüchtigen Partikularstaaten mit dornigen Deden umhegt ist.

Die Besprechung der Interpellation ergab eine erfreuliche Uebereinstimmung des ganzen Hauses. Herr Passermann und Herr Gröber — vor Zeiten der Zentrumsdemokrat genannt — fanden unerwartet kräftige Töne und heftigen dringend eine reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs. Lenzmann von der rechtsinnigen Volkspartei, der gefährliche Adokat, nahm die Polizei — und die pflichtlichen Gerichte scharf ins Gebet und meinte. Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft sei das beste Mittel gegen Mißstände. Selbst Dr. Dertel äußerte sich recht kräftig über den Fall des Kattowitzer Redakteurs; ein paar faule Wize über Fräulein Augusta und die „galante“ Agrarierdichter allerdings nicht verzeihen, wofür ihn nachher Dr. Müller-Meinungen gebührend rüffelte. Kurz, aber gut sprach Schrader von der freisinnigen Vereinigung; der Pole Charlinski kündigte eine besondere Interpellation seiner Fraktion über den Fall Hoffmann an. Mit feurigem Begehr kamte geißelte Bebel die Zustände in den deutschen und zumal in den preussischen Gefängnissen. Nachdem noch Dr. Paulsen, Bundesratsbevollmächtigter von Weimar, das Unerträglichkeit der Polizei in Sachen Anita Augsburg eingestanden hatte, schloß gegen 6 Uhr die Beratung. — Am Montag wird das Vollzugsgezet weiter-

Behörden“ und über die baldige Vorlegung eines Strafvollzugsgezetes.

Staatssekretär Nieberding erklärte, daß er im Auftrage des Reichskanzlers die Interpellation sofort beantworten werde.

Seine (S.) begründet die Interpellation. Angenehm ist es ja nicht, Jahr aus Jahr ein hier dieselben Mißstände zur Sprache zu bringen, aber in den letzten Monaten haben sich die polizeilichen Uebergriffe so gehäuft, daß es pflichtvergesen wäre, darüber zu schweigen. (Sehr richtig bei den Soz.) Redner berichtet zunächst über ein paar kleinere Fälle, in denen die persönliche Freiheit durch willkürliche Verhaftung verletzt worden ist. So wurde am 12. November ein Bäcker aus Bochum verhaftet, weil er in einer Volksversammlung Mißstände im Bäckereigewerbe kritisiert hatte, obwohl der Kommissar ihn persönlich kannte, nur weil er zur Zeit arbeitslos war. Der Amtsrichter setzte den Verhafteten sofort in Freiheit. In Karlsruhe wurde am 15. November ein Arbeiter, weil er eine Geldstrafe von 1 Mark nicht bezahlt hatte, von vier Schutzleuten verhaftet, gefesselt und mit zerrissenen Kleidern ins Gefängnis gebracht, seine Kinder waren durch Stöße und Säbelschläge verletzt. Der Verhaftete bezahlte dann die eine Mark und wurde wieder freigelassen. (Hört, hört! bei den Soz.) Aus dem Ruhrrevier werden eine Anzahl ähnlicher Fälle gemeldet, so der Fall des Kaufmanns Sommer in Essen, wo der mißhandelte Polizist allerdings 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Das ist ja in solchen Fällen eine Karikatur; meistens wird derjenige verurteilt, der mißhandelt ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Zwei polnische Arbeiter im Ruhrrevier standen vor ihrem Hause auf der Straße. Ein Polizist forderte sie auf, weiterzugehen. Die Leute gingen in den Hof ihres Hauses mit den Worten: hier hat uns doch die Polizei nichts zu sagen. Daraufhin schlug der Polizist mit einem Gummischlauch auf die beiden los, verletzte den einen schwer und führte sie ins Gefängnis. Die Arbeiter und nicht etwa der Polizist wurden dann angeklagt. Ein ähnlicher Fall hat sich in Marienburg zugetragen. In einer Halberstädter Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß in Döberitz ein auf Veranlassung des Polizeispektors die Arrestanten 25 Stunden ohne jede Nahrung gelassen wurden. (Hört, hört! bei den Soz.) Der Bürgermeister hatte das ausdrücklich so verlangt mit der Begründung: „Für solche Schweinehunde hat die Stadt kein Geld.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Eine Reihe von Verhaftungen von Frauen hat in letzter Zeit großes Aufsehen gemacht. Redner erinnert an die Verhaftung an die Verhaftung der Frau von Decker in Wiesbaden und des Fräulein Dr. Anita Augsburg in Weimar, deren Verhaftung ebenso sinnlos war; nachher hat man allerhand dummes Zeug angeführt, um die ungerechtfertigte Verhaftung zu beschönigen. Noch toller liegt der Fall der Frau Kappaport in Altona, die ohne jeden hinreichenden Grund verhaftet, körperlich schwer beleidigt und als angeblich geschlechtskrank in's Krankenhaus gebracht wird. Eben solches Aufsehen hat der Fall des Herrn Tampe in Braunschweig gemacht, der verhaftet, gefesselt und mit Zuchthäuslern zusammen transportiert wurde, weil er in einer Privatbeleidigungsklage den Termin veräumt hatte. In Kiel wurde im Oktober d. J. ein junges Mädchen, das mit seiner Mutter und anderen Leuten aus einer Gesellschaft kam, wegen ruhestörender Lärmes mitgeführt. Das kann übrigens sehr leicht passieren. Ich kenne einen hochangesehenen Professor und Gelehrten, dem es so ging, weil er sich mit einem Kollegen Nachts über eine wissenschaftliche Streitfrage etwas lebhaft unterhalten hat. (Große Heiterkeit.) Einige Tage später wurde dem jungen Mädchen mitgeteilt, es sei unter sitzpolizeiliche Kontrolle gestellt und habe sofort eine von der Sitzpolizei genehmigte Wohnung zu nehmen. Das Mädchen klagte nicht gegen die Verhaftung, sondern nahm in Elmshorn Dienst und hielt damit die Sache für erledigt. Dort wurde es auf Verlangen der Kieler Polizei verhaftet, nach Kiel gebracht und wie eine Prostituierte behandelt. Vom Gericht wurde das Mädchen freigesprochen, weil nicht das Geringste vorlag. Redner schildert nun eingehend den Fall des Redakteurs Hoffmann in Kattowitz und hebt besonders hervor, daß der Beamte, der den Redakteur mit einem Zuchthäusler zusammen festsetzte, erklärt hat: „Daran müssen Sie sich gewöhnen, das kann Ihnen noch öfter passieren; ich kenne meine Vorschriften genau.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben an den Reichskanzler weiter die Frage gestellt, ob er dem Reichstage bald ein Strafvollzugsgezet vorlegen werde. Zu dieser Frage liegt wieder neues Material vor. Wieder sind wegen geringfügiger Vergehen verurteilte Redakteure in rücksichtsloser Weise behandelt worden. In Erfurt wurde einem Redakteur die Selbstbestätigung, das Halten von Zeitungen und ein Strafaufschlag verweigert. In dem Genossen Dr. Quast in Frankfurt a. M. wurde die Selbstbestätigung zwar gewährt, aber mit dem Bemerkten, daß es das letzte Mal sei. Dabei ist vorgeschrieben, daß die Gefangenen in ihren Verhältnissen entsprechenden Weise beschäftigt werden müssen. Wie lange sollen wir noch auf die Neuordnung des Strafvollzugs warten? Sollen unsere Gefangen noch darüber diskutieren, ob nicht endlich in Deutschland im Strafvollzug den Grundfragen der Gestattung Einigung zu verschaffen sei? (Sehr richtig! links.) Die Bureaukratie der Einzelstaaten, die die verbündeten Regierungen an der Spitze zieht, will aber nicht auf ein Nachmittels verzichten, mit dem sie bisher noch distinktionem Ermessen jeden annehmen konnte, soweit sie wollte. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die gemeinsamen Grundfälle über den Straf-

vollzug, die von den verbündeten Regierungen aufgestellt worden sind, bedeuten für mehrere Bundesstaaten einen erheblichen Rückschritt, insofern sie die Selbstbestätigung und Selbstbestätigung der Gefangenen einschränken. Jetzt sind wir schon so weit, daß, auf der Straße mit einem Zuchthäusler zusammengepackt geführt zu werden, einen Mann in seiner Ehre nicht mehr berühren kann. (Sehr richtig! bei den Soz.) Nicht für den Gefesselten ist es eine Schmach, gefesselt zu werden, sondern es ist eine Schmach für das System, das derartige Dinge zuläßt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Dr. Nieberding wollte f. Zt. den Ton festnageln, in dem ich über die Justiz gesprochen. Hatte ich nicht ein Recht dazu? Mühen wir nicht schon wieder derartige Brutalitäten besprechen, lediglich weil die Beamenschaft sich selbst und ihrer Willkür keinen Zügel anzulegen vermag! (Sehr gut! bei den Soz.) Die Schmach fällt zurück auf die, die solche Dinge verteidigen und dazu gehören auch die, die nicht die Kraft und nicht die Lust haben, hier energig Wandel zu schaffen. Schuld an den willkürlichen Verhaftungen und Mißhandlungen haben theilweise unsere Geetze. Sie enthalten zwar Klauseln gegen willkürliche Verhaftungen, aber die stehen nur auf dem Papier. In der Praxis liegt die Sache so, daß in 99 pCt. der Fälle die Polizei auf Grund ihres rein willkürlichen Ermessens mit der Behauptung, es läge Gefahr im Verzuge, jemand verhaftet. Was die Ausnahme sein sollte, ist zur Regel geworden. (Sehr richtig! links.) In Preußen stiftet sich die Polizei noch auf ein Gesetz aus dem Jahre 1850, das den schönen Namen führt: „Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit.“ (Gr. Heiterkeit links.) Darnach hat sie das Recht, Personen festzunehmen, wenn dies zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit oder im Interesse der betreffenden Personen dringend notwendig ist. Die Polizei verhaftet daraufhin blindlings darauf los. Vor 30 Jahren passierte einem Reichstagsabgeordneten folgendes: In seinem Heimathort wurde ein Brandstifter gesucht, dessen Signalement lautete: graue Haare und schwarzer Anzug. Der Polizist aber verhaftete den Abgeordneten, der schwarze Haare und einen grauen Anzug hatte. (Gr. Heiterkeit.) Er meinte, schwarz und grau seien beisammen, und als ein Vorgesetzter ihm Vorwürfe machte, erklärte er: Ja, ich konnte keinen anderen finden. (Gr. Heiterkeit.) Bei dem Bildungsstande der Polizisten, die aus den Unteroffizieren genommen werden, kann man sich über solche Dinge nicht wundern. Auch unsere Richter schreiben viel zu leicht zu Verhaftungen; die Haftbefehle werden meist ganz mechanisch erlassen. So geschah beim Harmlosenprozeß den Lotterbuben mit der Verhaftung schreiendes Unrecht, aber sie erfolgte, weil hohe Einsätze es so wollten. Ein Gericht, das hohen Einsätzen nachgibt, verletzt damit seine Pflicht. Eine besondere Rolle bei den Verhaftungen spielt der Fluchtverdacht. In Kattowitz wurde der Fluchtverdacht einmal damit begründet, daß die Grenze so nahe sei. Darnach sind alle Oberschlesier fluchtverdächtig. (Heiter.) Bei einer Verhaftung wegen Fluchtverdacht darf der Verhaftete mit seinem Bertheidiger frei verkehren. In einem mir bekannten Falle wurde dem Bertheidiger trotzdem eine Unterredung mit dem Verhafteten vom Untersuchungsrichter verboten. Als der Richter auf die entgegenstehende Bestimmung des Gesetzes aufmerksam gemacht wurde, verübte er eine bürokratische Künstelei und verhängte die Untersuchungshaft jetzt auch wegen Gefahr der Verdunkelung. Die Beschwerdeinstanz schaffte Remedur, aber wie oft unterläßt der Angeklagte des Zeitverlustes wegen eine Beschwerde. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Untersuchungschaft wird vom Publikum oft wie eine beschäftigte Schikane angesehen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir dürfen uns erheben über das Zeitalter der Folter. Hoffentlich ist die Zeit bald überwunden, wo Leute, die erst noch einer Straftat überführt werden sollen, ohne Zweck und Sinn der Folter der Untersuchungshaft unterworfen werden. Wird einmal jemand aus den sog. besseren Ständen zu Unrecht verhaftet, so schlägt die Presse Lärm, wie im Fall Tampe. Arbeitern, Handwerkern und politischen Gegnern der Regierung wird eine ähnliche Behandlung gewohnheitsmäßig zu theil. (Sehr richtig! bei den Soz.) In vielen Polizeiverwaltungen werden Mißhandlungen gewohnheitsmäßig verübt. So hat Stadthagen in einem Prozeß 40 bis 60 Mißhandlungen auf Berliner Polizeiwagen festgestellt. Der Fall Bredendick ist noch nicht vergessen, da ereignet sich der Fall Hoffmann, in dem besonders eklatant ist der brutale Hohn, der widerwärtige Amtsdünkel und die unverschämte Drohung mit weiteren Mißbräuchen der Amtsgewalt. Ein Mensch, der die Amtsgewalt mißbraucht, ist wie ein Howdy, eine Verbrechernatur. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daß diese Entartung des Beamtenthums so häufig in die Erscheinung tritt, liegt zum Theil an unseren Gesetzen, zum Theil an ihrer Handhabung durch die Gerichte. Das Rechtsgefühl des Volkes wird besonders durch die Auslegung des Begriffs des Widerstandes gegen die Staatsgewalt aufs tiefste verletzt. Nach dem Wortlaut des Strafgesetzes ist die rechtmäßige Ausübung des Amtes die notwendige Voraussetzung für das Vergehen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Der Beamte bekommt aber nach der Judikatur des Reichsgerichts auch dann Recht, wenn er sich nicht in rechtmäßiger Ausübung des Amtes befindet, und man thut gut, sich jeder Rechtswidrigkeit zu unterwerfen und dann den Beschwerdeweg zu beschreiten, wenn man dabei auch Gefahr läuft, wochenlang mit Ungeheurer unter Gestand in dreifachen Wägen zuringen zu müssen. (Sehr wahr! links.) Eine weitere Ursache liegt in dem schwächlichen Auftraten der Verwaltungs- und Justizbehörden gegenüber den Beamtenauschreitungen. Wird einmal ein Beamter verurteilt, dann lassen seine

20. Sitzung. Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratssitz: Nieberding.

Auf der Tagesordnung stand die Interpellation der Sozialdemokraten wegen der in letzter Zeit sich häufenden Uebergriffe von Polizei- und richterlichen

Vorgezogen sicher die Begnadigung durch. Dazu kommt der Mangel an Achtung der persönlichen Freiheit bei uns, auf alle, die solche Mißbräuche schweigend dulden, fällt die Schande zurück. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben mit der Interpellation die Ehre unseres Volkes wahren wollen. Ewig kann es ja so nicht bleiben. Schließlich wird die allgemeine Entrüstung doch einmal so stark, daß sie gründlich aufräumt mit dem ganzen System der bürokratischen Willkür. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Nieberding: Selbstredend verurteilt der Herr Reichsanwalt jeden Mißgriff, ob klein, ob groß, ob von Gerichten oder Verwaltungsbehörden, ob von höheren oder niederen Beamten, ob an Männern oder Frauen begangen. Ein jedes derartige Verhalten schädigt die Staatsautorität, ohne der Rechtspflege zu nützen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Beamten können sicher sein, gegen Verleumdungen aller Art in Schutz genommen zu werden, daher kann auch von ihnen verlangt werden, daß sie streng gesehlich und unparteiisch, mit Takt und Humanität bei der Behandlung der Gefangenen vorgehen. Der Reichsanwalt erwartet, daß die Beamten stets sich gegenwärtig halten, daß die persönliche Freiheit eines der höchsten Güter der Staatsbürger ist; er ist überzeugt, in dieser seiner Auffassung mit allen verbündeten Regierungen übereinzustimmen, und wird in seiner Eigenschaft als Präsident des preussischen Ministeriums in Gemeinschaft mit den Ressortministern die nötigen Schritte thun, um die genannten Gesichtspunkte speziell in Preußen zur Geltung zu bringen. Ich persönlich leugne durchaus nicht, daß Verletzungen vorgekommen sind, die übrigens an und für sich nicht vor das Forum des Reichstages gehören. Die unteren Beamten sind eben auch nur Menschen. Im Falle des Heußener Redakteurs leugne ich nicht, daß die vorgenommene Fesselung vorchriftswidrig ist (Hört, hört!). Auch in einigen anderen der vorgebrachten Fälle liegen Gesetzesverletzungen vor. Manche Fälle, die erwähnt worden sind, kenne ich nicht. Das eine darf nicht verkantet werden, daß die Presse zwar nicht ohne gewisse Wohlgefallen die Fälle selbst erörtert, von der Abhandlung aber, die stets und unter allen Umständen erfolgt, (Sehr gut! rechts) meist keine Notiz nimmt. Im Falle Lampke liegt die Sache beträchtlich anders, als es der betreffende Herr dargestellt hat. Es handelt sich nicht um eine Privat-, sondern um eine öffentliche Klage, die Verhaftung ist keineswegs bei der ersten Terminveräumung erfolgt; die Entschuldigungen, die der Herr vorbrachte, waren sehr mangelhaft; u. a. schrieb er, er habe sich bei einem Falle sein Hemd zerrissen (Heiterkeit). Erst nach mehreren Verjahren des Angeklagten, sich der Gerichtsbarkeit zu entziehen, hat das Gericht von seinem Recht der Verhaftung Gebrauch gemacht. Diese Verhaftung ist als berechtigt anzusehen. (Sehr richtig! rechts.) Auf die Frage in Nr. 1 der Interpellation, was der Reichsanwalt gegenüber solchen Fällen zu thun gedenke, habe ich kurz zu erklären, daß er innerhalb der Grenzen seiner reichsverfassungsmäßigen Befugnisse Regierungen und Behörden zu rektifizieren pflegt, daß er aber die ihm gezogenen Grenzen unter keinen Umständen zu überschreiten gedenkt. Die innere Polizeiverwaltung fällt nicht unter die Kompetenz des Reiches; Beschwerden gegen Mißgriffe der Polizei sind an die Landtage der Einzelstaaten zu richten. Die preussischen Minister des Innern und der Justiz werden die erste Gelegenheit benutzen, sich über alle hier erwähnten Fälle ohne jede Verschleiierung auszusprechen. Gegenüber Verletzungen betr. Verhaftungen auf Grund richterlicher Entscheidungen kann der Reichsanwalt nichts sagen und nichts thun. Die Gerichte sind unabhängig vor allen Eingriffen der Verwaltung, auch des Reichsanwalts. Der Reichsanwalt möchte nicht einmal den Anschein erwecken, als ob er Eingriffe in die Unabhängigkeit der Gerichte beabsichtigt. Im zweiten Teil der Interpellation wird eine Frage gestellt, die uns bereits im Frühjahr bei der Beratung des Justizetats beschäftigt hat. Damals habe ich bereits ausgeführt, daß der gegenwärtige Zeitpunkt zur Durchfuhrung eines Strafvollzugsgesetzes nicht geeignet ist. Ein Strafvollzugsgesetz kann nur durchgeführt werden auf Grund eines festen Strafsystems. Wir wissen aber noch gar nicht, wie lange wir das gegenwärtige Strafsystem noch behalten werden. Der Reichstag hat diesen Standpunkt wiederholt gebilligt. Es ist gemäß den Anregungen des Reichstages eine Verständigung unter den Bundesregierungen erfolgt über gemeinsame Grundsätze der Gefängnisverwaltung. Damit ist ein wichtiger Schritt zur Vorbereitung eines Strafvollzugsgesetzes gethan. (Beifall rechts.)

Auf Antrag Singer (SD.) erfolgt die Besprechung der Interpellation.

Haffermann (NR.): Ich halte die sozialdemokratische Interpellation für begründet. Mißgriffe sind unzweifelhaft vorgekommen, wenn sich auch das ganze Material nicht nachprüfen läßt. In der ganzen Presse hat sich eine Summe der Mißbilligung geherrscht. Die höheren Beamten müßten auf die unteren Beamten einwirkend einwirken, wie das in der Armee seitens der oberen Offiziere zu geschehen pflegt. Der Fall Hoffmann ist in der That unerhört. (Sehr richtig! links.) Die Verhaftung von Frauen wegen angeblich gewerkschaftlicher Unthat kann das ganze Familienglück zerstören. Die Mißbilligung über solche Vorfälle reicht weit über die sozialdemokratischen Kreise hinaus. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ein Teil der Mißstände wird nun durch reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs beseitigen lassen, wenn dabei höhere Notizen für den Schutz der persönlichen Freiheit gewonnen werden. Ist das der Bundesrath die Regelung des Strafvollzugs verweigert: heute sprechen wir 1902 und werden noch immer vergebens darauf! (Sehr gut! links.) Herr Nieberding hat sich große Verdienste um unsere Rechtspflege erworben; möge er jetzt auch das Beste für unsern Staat zu thun suchen und die alten Verbrechen einzulösen und ein Gesetz über den Strafvollzug vorlegen. (Bravo! b. d. Nationalliberalen.)

Gröber (R.): Es ist zu begrüßen, daß die Presse sich mit Mißständen auf diesem Gebiete beschäftigt; andererseits mag man sich vor allzu großer Verallgemeinerung hüten. Viel wird durch die Überlastung der Richter veranlaßt. Wenn Herr Schönheit, den ich gern einmal wieder am Bundesrathstische sehen würde (Sehr gut! links), aus diesen Verhandlungen die Einsicht in die Nothwendigkeit der Verneuerung unseres Richterpersonals schöpfen würde, so würde ich das als großen Fortschritt begrüßen. Die meisten der hier vorgebrachten Fälle waren nicht sowohl in dem fehlerhaften Text des Gesetzes, als vielmehr in seiner unrichtigen Auslegung. Daß ein Redakteur mit einem Verbrecher zusammengebracht wird, das wird, denke ich, jeder unter uns vernünftigen Hoffentlich nach der Herr Reichsanwalt hier mit einem Erfolg beheben können. Ich möchte mich nicht mit Herrn Hoffmann auf eine reichsgesetzliche Reform des Strafvollzugs verweisen lassen. Schon heute kann man ohne einen Pfennig Kosten ersparen, in welchen Fällen sich Strafvollzug selbst beschaffen können. (Bravo! im Centrum.)

Reizmann (SP.): Es ist ersichtlich, einmal in die Richtung gegen das Volkswohl eines Kampfs für das Volk-

recht einschließen zu können; es ist ebenfalls erfreulich, daß die Hände der Richter etwas besser besetzt sind, als sonst bei solchen Gelegenheiten. Jedenfalls hat ihr Rechtsbewußtsein die Herren hierher getrieben. (Heiterk. links.) Mit der sozialdemokratischen Interpellation bin ich durchaus einverstanden, wenn mir auch die Zusammenstellung gerichtlicher und polizeilicher Mißgriffe nicht gefällt — sie war allerdings nötig, um eine Beantwortung der Interpellation zu ermöglichen. Bei den Gerichten selbst ist icharif zwischen gewissermaßen guten westlichen und minderwertigen östlichen Gerichten zu unterscheiden. (Sehr wahr! links.) Die Ursachen der polizeilichen Uebergriffe liegen vor Allem in der mangelhaften Vorbildung der Polizeibeamten. Hier machen sich die Schäden des Militarismus bemerkbar. Von oben herab untergräbt man dazu noch den Respekt vor den bereits bestehenden Vorschriften. Wir haben die Vorschrift, daß Hausdurchsuchungen nur auf richterlichen Befehl stattfinden sollen, und daß nur in dringenden Fällen der Polizeibeamte selbst in Gegenwart zweier Schöffen Hausdurchsuchungen vornehmen darf. Wie viel Hausdurchsuchungen nimmt die Polizei aber vollkommen willkürlich vor? Einen ganz ungeligen Einfluß hat die Ausübung des Begnadigungsrechtes in solchen Fällen. Ein Akzent von mir wurde wegen Wortes zum Tode verurtheilt. Als ich einen höheren richterlichen Beamten nach der Aussicht einer Begnadigung befragte, wurde mir erklärt: „Ja, wenn es ein Schutzmann wäre, der drei Monate Gefängnis bekommen hätte!“ (Hört! hört! links.) Sind das Rechtszustände, durch welche der Respekt vor den Gesetzen gefährdet werden kann? (Rufe links: Nein!) Das beste Mittel zur Beseitigung der Uebergriffe bei Verhaftungen wäre die Einführung der Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft. (Sehr richtig! links.) Dann würde schon das fiskalische Interesse auf möglichste Vorsicht bei Verhaftungen hinwirken. Daß der Reichsanwalt Uebergriffe von Beamten verurtheilt, ist doch selbstverständlich. Das wäre ein netter Reichsanwalt, der sagte, daß er Uebergriffe nicht verurtheilt. (Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Ich begreife es, daß die Sozialdemokraten uns Gelegenheiten gegeben haben, diese Fragen wieder einmal zu erörtern, und hoffe, daß die Regierung nicht wie bisher weiter fortwursteln wird, sondern endlich einmal Schritte zur einheitlichen Regelung des Strafvollzuges thun wird. (Lebh. Bravo! links.)

Staatssekretär Nieberding: Herr Reizmann hat kein Recht zu der Behauptung, daß wir keine Abänderung des Strafgesetzbuches wollen. Daß wir uns mit den Vorbereitungen dazu befassen, ist öffentliches Geheimniß. Die Reform der Strafprozessordnung ist ebenfalls in Vorbereitung. In nächster Zeit wird mit Zustimmung der beteiligten Regierungen eine Kommission zusammenberufen werden, welche auf Grund eines spezialisirten Programms die Frage der Reform der Strafprozessordnung weiter berathen wird.

Dr. Dertel (R.): Die Rechte ist stets für die Rechte des Volkes eingetreten; (Heiterkeit links.) allerdings hat sie den Begriff „Volk“ etwas weiter gefaßt, als die Herren von der Linken, die sich für gewöhnlich mit dem Volk identifizieren. (Sehr gut! rechts. Heiterkeit links.) Herr Nieberding hat mit Recht bemerkt, daß die Polizeifälle vor das Forum des preussischen Landtages gehören. (Heiterkeit und Aha! links.) Die weitere Hinausschiebung der Regelung des Strafvollzuges bedauere ich sehr, ich wünsche eine solche Regelung außerordentlich; bekanntlich habe ich dabei einen kleinen Nebenwunsch. (Aha! links.) Die entgegenstehenden Schwierigkeiten dürfen allerdings nicht verkannt werden. — Sachlich hat Herr Abg. Heine, den auch nach meiner Meinung der Staatssekretär nicht völlig widerlegen konnte, Eindruck auch auf uns gemacht; er hätte seiner Sache genügt, wenn er in anderem Tone gesprochen hätte. Trotz Herrn Heine sind die deutsche Rechtsprechung und die deutsche Polizei besser, als die anderer Länder. (Sehr richtig! rechts.) Die Fesselung sozialdemokratischer Redakteure ist in der bürgerlichen Presse mit demselben Unwillen gekennzeichnet worden, wie in der sozialistischen. — Den Fällen der beiden Frauenrechtlerinnen kann ich trotz aller angeborenen Galanterie (Heiterkeit) nicht dieselbe Bedeutung zumessen, wie der Abg. Heine. Ich möchte hier doch auf einige mildernde Umstände für die Polizeibeamten plädieren. Die männlichweibliche Reformleitung — ich gehöre nicht zu ihren Verehrern (Heiterk.) — bringt ihre Trägerinnen in die permanente Gefahr für Männer gehalten zu werden. Die Verhaftung der Anita Augsburg scheint den Wünschen dieses verehrten Fräuleins selbst entprochen zu haben. (Heiterk.) Daß dem Falle Dresdenbeck, über den ich hier im Namen meiner Partei meine Empörung ausgesprochen habe, so schnell im Falle Hoffmann ein Nachfolger entstanden ist, geht mir über die Hutchnur (Hört, hört! links) und ich möchte nochmals die Regierung dringend um Verhinderung derartiger Fälle eruchen. Dagegen dürfte die Behandlung politischer Redakteure im Gefängnis nicht ganz so schlimm sein, wie sie oft gemacht wird. Ich persönlich habe keine Erfahrungen auf diesem Gebiete gesammelt und hoffe auch unter Paul I. (Stürm. Heiterkeit) keine solchen zu sammeln; habe aber in den „Sozialistischen Monatsheften“, deren kürziger Leser ich bin, gelesen — es stand in einem hübschen Artikel des Herrn Auer — daß dem Kollegen Rebel eine zweijährige Gefängnisstrafe Erholung und Ruhe und Stärkung für künftige Fälle gewährt habe. (Große Heiterkeit.) Polizeiliche Mißgriffe werden sich nie ganz vermeiden lassen. Streis aber müssen es sich die oberen Behörden zur Pflicht machen, mit Reklamationen zur Hand zu sein. (Beifall rechts.)

Schrader (SP.): Herr Dertel hat, so schwer es ihm ankommen sein mag, die Existenz von Mißständen zugegeben müssen. Auch der Herr Staatssekretär hat im Namen des Reichsanwalt eingesehen müssen, wie nötig es ist, hier Wandel zu schaffen. Ich bedauere nur, daß der Herr Reichsanwalt nicht selbst zu den heutigen Verhandlungen erschienen ist. (Sehr richtig! links.) Mit Worten ist uns nichts gebietet; hier können nur Thaten helfen. Ich traue auf Grund mancher Erfahrungen den preussischen Ressortministern keine allzu große Geneigtheit zu, auf die Intentionen des Reichsanwalters einzugehen. Das Hinderniß, das den Erfolg eines Gesetzes über den Strafvollzug verhindert, dürfte weniger beim Staatssekretär des Reichsanwalters, als an anderen Stellen zu suchen sein — Herr Dertel erzählt uns, daß er selbst keine Gefängnisstrafe gesammelt habe. Wenn der Bund der Landwirthe fortfährt, Opposition zu machen, so kann er vielleicht doch noch zu Erfahrungen auf diesem Gebiete kommen. (Heiterkeit.) In den kleineren Gefängnissen herrschen schlimme Mißstände, die dringend nach Remedur verlangen. Wir bitten den Reichsanwalt dringend, seine heutigen Besprechungen wahr zu machen. (Bravo! links.) v. Giarinski (Pole) erklärt kurz, sich jetzt nicht äußern zu wollen, da seine Fraktion eine besondere Interpellation einbringen werde.

Rebel (SD.): Die Parteien des Hauses von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten, die Presse von der „Kriegs“ bis zum „Vorwärts“ haben einmütig die polizeilichen Mißgriffe verurtheilt und Remedur verlangt.

Unter dem Sozialistengesetz war das anders. Da war es meine Partei, die fast allein unter den Uebergriffen der Polizei, des Staatsanwalts und der Richter zu leiden hatte; unsere Klagen fanden hier im Hause bei den anderen Parteien wenig Entgegenkommen. Daß heute auch bei den bürgerlichen Parteien mehr Interesse für diese Fragen herrscht, kommt ganz naturgemäß daher, daß neuerdings die Fälle sich häufen, wo auch angesehene Personen aus bürgerlichen Kreisen sich der Polizeiwilkr ausgesetzt sehen. Sogar die „Kriegsztg.“ erklärte, daß das, was in den letzten Monaten auf diesem Gebiete vorgekommen sei, alles erlaubte Maß übersteige. — Leider ist es eine unbestrittene Thatsache, daß es nur wenig Polizeidämter in Deutschland giebt, wo nicht die Mißhandlung verhafteter Personen ganz systematisch betrieben wird. Eine Statistik über Zahl, Dauer der Verhaftungen sowie der Haftentlassungen ohne Anklageerhebung würde ein sehr verdienstvolles Werk sein. (Sehr richtig! links.) Man könnte vielleicht beim nächsten Etat eine solche Statistik in einer Resolution verlangen. — Auf die Thatsache der fast stets erfolgenden Begnadigung verurtheilter Polizeibeamten ist bereits hingewiesen worden. Dadurch wird, wie mir einmal ein Polizeibeamter selbst zugestand, bei den Beamten der Eindruck erweckt, als ob man an höchster Stelle ihr Vergehen nicht sonderlich scharf beurtheile. Ganz verkehrt ist der Grundlag, die Schutzleute nicht aus den Gegenden zu nehmen, wo sie amtiren. In Berlin giebt es Schutzleute, die des Deutschen nur sehr mäßig mächtig sind. (Hört! Hört! links.) In Elsaß-Lothringen haben nach der Meinung des dortigen Volkes die östlichen Schutzleute die Annäherung an Deutschland geradezu verhindert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Bei der Behandlung von Gefangenen sind vielfach Fälle vorgekommen, wo der Reichsanwalt als preussischer Ministerpräsident vollst. Grund zum Einschreiten gehabt hätte. Im Elberfelder Militärbefreiungsprozess sind Aerzte zusammen mit gewöhnlichen Verbrechern eingesperrt worden. Gerade in Preußen sind die kleinen Amtsgefängnisse in einem erbärmlichen, schauerhaften, menschenunwürdigen Zustand. Im Fall Lampke hat sich der Staatssekretär begnügt, die Verhaftung zu rechtfertigen — die allerdings gerechtfertigt sein mag — ist aber auf die Behandlung Lampkes im Polizeigefängnis nicht eingegangen. In Hamburg ist eine wegen Preßvergehen zur Haft verurtheilte Parteigenossin von mir mit einer Herde von Prostituirten zusammen eingesperrt worden — es gab für alle zusammen nur eine Waschkübel und ein Handtuch. Wie leicht konnten dabei Krankheiten übertragen werden. In Berlin werden die politischen Gefangenen nach Verhütung ihrer Strafe in unwürdiger Weise behandelt. Sie werden vom Gefängnis im grünen Wagen nach dem Alexanderplatz gefahren und erst dort entlassen. Solche Behandlung müssen politische Redakteure erdulden, deren Strafe im Kampf um ihre Ueberzeugung keine Schmach, sondern eine Ehre ist. (Beifall links.) Ich selbst habe in Böhmen einmal ein paar Monate wegen Bismarckbeleidigung absitzen müssen. In den preussischen Gefängnissen giebt es ja leider keine Selbstbestrafung wie in Sachsen. Während meiner zweijährigen Festungshaft in Sachsen wurde ich nicht allein anständig behandelt, sondern diese Haft hat mir sogar das Leben gerettet; für meine Gesundheit wie für meine geistige Behandlung sind mir diese zwei Jahre ganz zu Statte gekommen. Herr Sternberg, der Zuchthausler, genießt in Preußen die Krankentrost. Ihm wurde auch erlaubt, zu einem Termin in einer Drofschle zu fahren. Der Domänenpächter Falkenhagen, der unter so erschwerenden moralischen Umständen ein Duell provoziert hatte, sitzt jetzt in Danzig und genießt die größten Freiheiten. Noch einen Fall, der mich persönlich betrifft. Ich wurde 1881 wegen Bundesrathsbeleidigung schuldig erklärt. Aus Leipzig war ich ausgewiesen und befand mich gerade auf einer Geschäftsreise. Fünf Tage vor Pflingsten kam ich in Dresden an, wohnte im Hotel und war polizeilich angemeldet. Am ersten Pflingsttag wurde ich auf der Brühlischen Terrasse mitten aus der Menschenmenge heraus verhaftet. Als Grund der Verhaftung wurde Heimathlosigkeit angegeben und thatsächlich stand in dem, vom Vorsitzenden des Landgerichts, Mangold, ausgegebenen Haftbefehl dieser Grund angegeben. (Heiterkeit und Bewegung.) Es war eine Gewissenlosigkeit und Niederträchtigkeit ersten Ranges. (Sehr richtig! links.) Da während der Pflingsttage kein Richter zu haben war, wurde ich bis zum dritten Feiertag in Haft behalten. Erst dann wurde ich entlassen. Die Darstellung, die Herr Dertel von dem Fall Augsburg gab, war unrichtig. Fräulein Augsburg selbst hat eine andere Darstellung gegeben. — Wir haben alles aufzubieten, um diesen, eines Kulturthaates unwürdigen Zuständen ein Ende zu machen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Weimar. Bundesbevollmächtigter Dr. Paulsen: Ich stehe nicht an zu erklären, daß im Falle Augsburg ein bedauerlicher Mißgriff seitens des Polizeibeamten vorliegt. Auf Grund der Akten und der Aussagen der Schutzleute, die besonders zur strengsten Wahrheit ermahnt worden sind, liegt die Sache so, daß von dem Moment des Anhaltens durch den Schutzmann das freiwillige Martyrium des Fräul. Augsburg beginnt.

Dr. Müller-Meinungen (SP.): Herr Dertel hat den Fall des Fräulein Dr. Augsburg in einer Weise dargestellt, die geradezu eine Verhöhnung der Dame bedeutete. (Sehr richtig! links.) Daß Fräulein Augsburg die Verhaftung provoziert habe, ist unrichtig. Sie hat den Beamten, der sie anhielt und sofort einem langen Verhör unterwarf, schließlich mit den Worten unterbrochen: „Was wollen Sie nun eigentlich von mir, wollen Sie mich verhaften?“ Jawohl, das will ich. „Nun, dann gehe ich mit Ihnen.“ Also von einer Provokation kann keine Rede sein. Die Blüthe dieses ganzen Systems ist erwachsen in Trepow an der Rega. Dort giebt es eine Polizeiverordnung, wonach Dienstmädchen und andere lebige Frauenzimmer, die sich im Sommer nach 11, im Winter nach 10 Uhr allein oder in verdächtiger Begleitung auf der Straße oder in den Anlagen umhertreiben, ohne Weiteres verhaftet werden sollen. (Hört! hört! links.) Solche Mißgriffe der Polizei müssen rücksichtslos an den Pranger der Öffentlichkeit gestellt werden. Ich bin selbst in meiner Thätigkeit als Richter manchmal geradezu erschrocken über die polizeilichen Mißgriffe und die Deutung dieser Vertheilung seitens der Richter. (Hört! hört! links.) Hoffentlich macht die Regierung gegenüber solchen Mißgriffen endlich Ernst! (Beifall links.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. (Fortsetzung der Politarisgesetzberatung.)

Schluß 6 Uhr.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Zur zweiten Beratung des Politarisgesetzes haben im Reichstage Rebel, Stadthagen und

Matricul folgenden neuen § 11 b beantragt: „Von dem Betrag der auf Grund dieses Gesetzes zu erhebenden Zölle sind alljährlich 100 Millionen Mark den einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerung, mit welcher sie zu den Matricularbeiträgen herangezogen werden, zur Förderung des Volksschulwesens — und zwar speziell für Anstellung und bessere Befoldung der Lehrer und Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichts und der Lehrmittel — zu überweisen.“

**Der springende Punkt.** Bei der Beratung des § 11 a des Zolltarifgesetzes, handelnd von der Verwendung bestimmter Zollerträge für eine Wittwen- und Waisenversorgung, bei dem der Reichstag Freitag angelangt war, trat das große finanzielle Interesse so recht zu Tage, das die Reichsregierung am Gelingen des Zolltarifs hat. Sie befindet sich in arger Geldklemme. Die ungeheuerlichen Flottenvermehrungen haben in Verbindung mit der wirtschaftlichen Krise bewirkt, daß der demnächst zu erwartende Reichsetat mit einem Defizit von 150 Millionen abschließt. Den Einzelstaaten diese Summe durch Erhöhung der Matricularbeiträge abzugreifen, das führt, wie der Reichsfinanzminister selbst feststellte, zu deren Ruin. Einen anderen Rath weiß die Regierung nicht. Sie ist deshalb auf die Zollerträge angewiesen und wehrt sich mit allen Kräften gegen die Reservierung eines größeren Theiles derselben für sozialpolitische Zwecke. Das Zentrum, das in seinem Flottenbewilligungseifer die Regierung in diese Verlegenheit hat bringen helfen, ließ denn auch mit sich handeln. Von der „Schambede“ der Wittwen- und Waisenversorgung, wie der liberale Rösicke sich treffend ausdrückte, ließ es noch einen Fehz fallen und schränkte die Erzeugnisse, aus deren Zollerträgen die Wittwenversorgungssummen zurückgelegt werden sollen, noch weiter ein. Unser Genosse *Mollenbush* charakterisirt treffend das Manöver, das das Zentrum in dieser Frage aufführt, und suchte mehr herauszuschlagen, als das Zentrum gewähren wollte. Es half nichts, die Mehrheit stimmte die Anträge unserer Fraktion nieder, auch die Nationalliberalen stimmten für die Abschwächungsanträge des Zentrums, um bei dem Widerstand der Regierung „die Vorlage nicht zu gefährden.“ Das Schachspiel des Zentrums in dieser Frage wird uns reichlich Stoff zur Agitation bieten.

**Die Sache.** Die deutsch-konservative Fraktion des Reichstages hat in ihrer Sitzung am Sonnabend fast einstimmig beschlossen, sofort für die zweite Lesung des Zolltarifs einen Antrag einzubringen, durch den die Industriezölle der Abschnitte 17 und 18 des Zolltarifentwurfs um durchschnittlich 25 Prozent gegenüber den Kommissionsbeschlüssen herabgesetzt werden. Außerdem ist in Aussicht genommen, durch einen weiteren Antrag die Zölle auf die Erzeugnisse der chemischen Industrie wesentlich herabzusetzen oder aufzuheben. — Die Abschnitte 17 und 18 des Zolltarifentwurfs enthalten unedle Metalle und Waaren daraus, sowie Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge, fähige Verflüssigungsausrüstungen! Nur fragt sich, ob überhaupt die konservativen Anträge wirklich ernst gemeint sind.

**Alfred Krupp,** der Kanonenkönig, ist Sonnabend Nachmittag in Folge eines um 6 Uhr Morgens erlittenen Gehirnschlages im Alter von fast 49 Jahren gestorben. Krupp war Mitglied des preussischen Herrenhauses, auch während einer Legislaturperiode Reichstagsabgeordneter und als solcher Hospitant der Reichspartei. Indessen war er politisch eine Null, und sein Hinscheiden würde in der Öffentlichkeit kaum bemerkt worden sein, wenn er nicht eben der Kanonenkönig, der reichste Mann Deutschlands (sein Einkommen belief sich auf jährlich 20—25 Millionen) gewesen wäre, wenn in ihm nicht der Kapitalismus gewissermaßen eine Verkörperung gefunden hätte. Die Geschichte der Firma Krupp ist im Einzelnen die Geschichte des Kapitalismus im Großen. Aus kleinen Anfängen heraus wuchs unter dem Vater des eben Verstorbenen das Gußstahlwerk in Essen fortbauend, verschlang und sog auf, was in der engeren und weiteren Nachbarschaft war, dehnte sich immer weiter und wurde zum klassischen Beispiel für die Akkumulation (Anhäufung) des Kapitals. Ungeheure Arbeitermassen sind auf den verschiedenen Werken der Firma Krupp beschäftigt, eine ganze Stadt bei dem Hauptwerk ist nur mit Unterthanen Krupps bevölkert. Aber auch die Ueberflüssigkeit der Person des Kapitalisten wird gerade durch die Firma Krupp erwiesen. Alfred Krupp hatte buchstäblich weiter nichts zu thun, als die ungeheuren Erträge des Unternehmens einzustreichen. Die Leitung des Gesamten und der einzelnen Theile besorgte ein kleines Heer von Direktoren, Ingenieuren usw., gerade wie dieselben Personen das für eine Aktiengesellschaft oder für — die Gesellschaft besorgen könnten. Wie erwähnt, war Krupp für das öffentliche Leben eine Null, und wenn in den letzten Wochen doch über ihn viel geredet und geschrieben worden ist, wenn seinetwegen eine Anzahl Zeitungen beschlagnahmt wurden, so ist das einer, angeblichen oder wirklichen, Veranlassung zuzuschreiben, welche vom Normalen bedeutend abweicht und zu Vergehungen drängt, welche unter das Strafgesetzbuch fallen. Der plötzliche Tod Krupps hat die Aufklärung dieser Angelegenheit verhindert, weshalb von einer Erörterung abgesehen werden muß. Jedenfalls hat der ungeheuer reiche Kanonenkönig auch sein Theil zu tragen gehabt. Das Kollegium technisch, kaufmännisch und juristisch gebildeter Männer, das bisher dem Dahingegangenen bei der Verwaltung seines Riesenunternehmens zur Seite gestanden, wird das Unternehmen im Auftrage der Wittve und ihrer Töchter weiterführen.

**Bei den Landtagswahlen in Anhalt** haben wir noch besser abgeschritten, als die von uns in letzter Nummer wiedergegebene Meldung bürgerlicher Blätter zu berichten wußte. Es wurden nämlich nicht drei, sondern vier Parteien offen in den Landtag gewählt und zwar Feus in Dessau, Günther in Kösnitz, Boigt in Götzen und Bangheld in Dessau Band II. Damit ist wieder ein Landesparlament der Sozialdemokratie zugänglich geworden. Der anhaltische Landtag besteht aus 36 Mitgliedern, wovon nur 24 aus allgemeinen Wahlen hervorgehen.

**Kleine politische Nachrichten.** Auf der Versammlung der freiköniglichen Partei in Wülter wurde als Kandidat für die nächste Reichstagswahl *Rastor* a. D. *Wed* aus Hamburg aufgestellt, der bereits 1888 in diesem Wahlkreise kandidirte. — Herr von *Wangenheim* bleibt Bundesführer. Wie die Deutsche

*Tagessztg.* mittheilt, ist es gelungen, den Abg. Freiherrn von *Wangenheim* zu bestimmen, den Vorsitz im Bunde der Landwirthe zu behalten. Der von ihm erklärte Verzicht auf weitere parlamentarische Wirksamkeit wird durch diesen Entschluß anscheinend nicht rückgängig gemacht. — Die Grenze nach Holland wird durch eine holländisch-preussische Kommission regulirt, die in Osnaabrück unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten *Prinzen* *Natibor* zusammentritt. — Die Strafkammer in *Deuthen* (Oberschl.) verurtheilte den Redakteur des *Kattowitzer* polnischen Blattes, *Bednarski*, wegen Beleidigung eines Kaplans zu fünf Monaten Gefängnis. — Einer Meldung aus *Craiova* (Rumänien) zufolge wurde der dortige österreichisch-ungarische Konsul *Baumgarten* vom Gutsbesitzer *Hintescu* zum Duell geordert und nach Ablehnung dieser Forderung auf offener Straße thätlich mißhandelt. Der spanische Kongreß lehnte mit 161 gegen 118 Stimmen den Antrag der Opposition auf Einsetzung einer Parlamentskommission behufs Untersuchung der Amtsführung des vorigen Cabinets *Sagasta* ab. Ein Pyrrhussieg!

### Frankreich.

**Vom Grubenarbeiterstreik.** Durch Vermittlung des Präfekten haben sich die Minengesellschaften des *Voirebedens* in *St. Etienne* definitiv mit den Bergarbeitern geeinigt. Die Schiedsrichter sind der Handelskammerpräsident *Cholat* und der sozialistische Abgeordnete *Brian*. Erst wenn beide sich nicht einigen, wird der Präsident des Kassationshofes *Ballot* *Beaupre* angerufen werden.

### Belgien.

**Die Voruntersuchung gegen den Spitzelkattäter *Rubino*,** der nachweislich in 6 Monaten 4500 Franc. von der italienischen Polizei für seine Spitzeldienste ausgezahlt erhalten hat, ist abgeschlossen. Der Prozeß gelangt nach Brüsseler Meldungen gegen den 20. Dezember zur Verhandlung. Nachdem der Advokat *Royer*, bekannt geworden durch seine Vertheidigung des Anarchisten *Moineau*, die Vertheidigung *Rubinos* nach zweifelhafter Unterhaltung mit diesem abgelehnt hat, wird ihm von Amtswegen ein Vertheidiger gestellt werden.

### England.

**Dem britischen Parlament** ist in den letzten Tagen ein Briefwechsel vorgelegt worden, welcher zwischen *Chamberlain* und *Louis* *Botha* geführt worden ist. Aus diesem Briefwechsel geht hervor, daß die britische Regierung durchaus nicht geneigt war, für die Linderung der Kriegsschäden mehr als die bewilligten 3 Millionen Pf. Sterl. zu gewähren, und daß sie sich erst durch die Darlegungen *Bothas* über den Stand der Dinge in Südafrika hat bestimmen lassen, die Forderung von acht Millionen beim Parlament zu beantragen. Die Argumente *Bothas* wurden allerdings durch die sich immer schwieriger gestaltende Situation in Südafrika unterstützt, welche auch die Reise *Chamberlains* veranlaßt hat.

**Der Staatschatz *Transvaals*.** Die „Daily Mail“ behauptet, *Chamberlain* habe die Gewißheit, daß *Dr. Leyds* und *Krüger* noch 20 Millionen Staatsgelder in Händen haben, die sie zu Zwecken der Agitation in Südafrika benutzen wollten, daß es daher unloyal von den Burengeneralen gewesen sei, an England und das englische Publikum so große Forderungen zu stellen, ehe diese große Summe nicht im Interesse der Wittwen und Waisen der Buren dienstbar gemacht sei. — Nachdem was f. Zt. über die Lage der *Transvaaler* Regierung bekannt geworden ist, ist nicht anzunehmen, daß sich noch eine so hohe Summe in den Händen *Krügers* resp. *Leyds* befindet.

### Vereinigte Staaten.

**Der Bergarbeiterstreik.** Die Kohlengrubenbesitzer sind nunmehr, wie der „Frankf. Bztg.“ aus *New-York* gemeldet wird, geneigt, den Arbeitern eine zehnprozentige Lohnerhöhung und den Neunstundentag zu gewähren, ebenso Verträge mit den Arbeiterverbänden. Mitin erscheinen die Arbeiter als Sieger, was wohl zum großen Theil darauf zurückzuführen ist, daß die Auslagen des Streiführers *Mitchell* vor dem Schiedsgericht den denkbar günstigsten Eindruck machten, den die juristischen Vertreter der Besenbesitzer nicht abschwächen konnten. Ferner machte es Eindruck, daß die Streiker durch Aerzte bewiesen haben, daß neunzig Prozent aller Kohlengräber an *Asthma* leiden und die meisten kurzlebig sind.

**Das Aylrecht der Gesandtschaft** ist in *Guatemala* als Gegenstand diplomatischer Erörterungen. Dort erschöpfte nämlich der Sohn des amerikanischen Gesandten *Hunter* den früheren Privatsekretär des Präsidenten von *Guatemala*, *Siggwald*. Nach der *Missethat* flüchtete sich der junge *Hunter* in die Gesandtschaft. Es ist nun die Streitfrage erhoben, ob er dort verhaftet werden dürfe oder nicht.

## Süde und Nachbargebiete.

Montag, den 24. November.

**Kunstgeschichtlicher Vortrag.** Die Fortsetzung des kunstgeschichtlichen Vortrages, der in der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins gehalten wurde, findet Dienstag den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinshaus, Zimmer Nr. 2 statt. Diejenigen Parteigenossen, welche sich für Kunstgeschichte interessieren, werden hoffentlich nicht ermangeln, sich recht zahlreich einzufinden.

**Warum in die Ferne schweifen?** Das *Amtsblatt* theilte dieser Tage nach dem „Frankf. Kurier“ mit, daß die sozialdemokratische Mehrheit in der Gemeindevertretung in *Fürth* innerhalb zwei bis drei Jahren von 100 auf 145 Prozent Gemeindefumlagen „hinaufregiert“ habe. Die Verhältnisse in *Fürth* sind uns nicht bekannt und enthalten wir uns deshalb jeder Kritik. Bekannt ist uns aber, daß das *Amtsblatt* weit mehr Veranlassung hätte, sich um die *Südecker* Verhältnisse zu kümmern, statt um die *Fürther*. Auch wir haben uns immer wieder in unseren Steuerhellen „hinaufregiert“. Warum also in die Ferne schweifen? — Uebrigens können wir es begreifen, daß eine sozialdemokratische Verwaltung, die ihre Pflicht erfüllt und das Gemeinwesen verbessert, auch mehr Umlagen braucht; es kommt dann lediglich darauf an, daß die Umlagen gerecht vertheilt, das heißt hauptsächlich den tragfähigen Schultern auferlegt werden. In *Süde*

verbraucht man Millionen über Millionen, ohne sozialpolitisch auch nur das Allergeringste zu leisten.

**Wacht, Hafnarbeiter!** Die Beschwerdekommision der Hafnarbeiter macht bekannt, daß von jetzt ab die Börse nach der Drehbrücke verlegt worden ist. Der Aufenthalt von Hafnarbeitern an der Trave ist vom Polizeiamt verboten worden; für etwaige Uebertretungen dieses Verbotes übernimmt die Beschwerdekommision keine Verantwortung.

**Ein interessanter Verleumdungsprozeß** fand am Sonnabend vor der *Hoppenstedt-Kammer* seinen Abschluß. Auf der Anklagebank erschien der Kaufmann *Jwergen*, der sich wegen Verleumdung des hiesigen *Hauptmanns* *Hagedorn* zu verantworten hatte. Der Sohn des Angeklagten diente während der Jahre 1900/01 als Einjährig-Freiwilliger beim hiesigen Regiment; Kompagniechef desselben war der Hauptmann *Hagedorn*. Dieser hat nun den Sohn des Angeklagten, nach Ansicht des Regierens aus *Rache* und *Ehrliebe*, dreimal wegen Verleumdungen mit Arreststrafen von je 3 Tagen belegt. Er wandte sich deshalb am 22. August 1901 mit einer Eingabe an den deutschen Kaiser, in der er sich über den Hauptmann beschwerte und dessen Verhalten gegenüber seinem Sohn als „Ausfluß subjektiver Bosartigkeit“ bezeichnete. Er behauptete ferner, daß der Hauptmann aus „angeborener Bosheit“ „aus *Chikane*“ seinen Sohn schlecht gemacht und bestraft habe. U. A. hieß es noch in der Eingabe: „Ich flehe den Schutz *Eurer* Majestät an gegen die despotische Willkür des Hauptmanns“. Auf Grund dieses Schriftstückes wurde eine Untersuchung eingeleitet, die zur Erhebung der Anklage gegen *Jwergen* führte. Im Termin hielt der Angeklagte seine sämtlichen Behauptungen aufrecht. Die Zeugenvernehmung ergab nun folgendes: Der junge *J.*, der mit einem Beinleiden behaftet und jetzt als Halbinvalid vorläufig aus dem Militärdienst entlassen ist, wurde am 3. März v. J. zuerst mit 3 Tagen Mittelarrest bestraft, weil er unbeanstandet erst 1 1/2 Stunden nach dem Zaufestreich in seine Wohnung zurückkehrte. Gleichzeitig verfügte der Hauptmann im Disziplinarwege, daß *J.* fortan auf die Dauer von drei Monaten in der Kaserne wohnen solle. Er ließ den jungen Mann auch nach seinem Diktat einen Brief an den Vater schreiben und versch den selben mit einer Nachschrift. Die nächste Strafe erhielt *J.* am 3. Juni, weil er morgens 1/2 Stunde zu spät zum Dienst gekommen war. Dieser war jedoch an dem fraglichen Morgen wieder an seinem Bein erkrankt und wurde später auch im hiesigen Lazareth sechs Wochen lang dieserhalb behandelt. Nach Ansicht des Hauptmanns hätte *J.* aber, da sein Beinleiden sich wieder verschlimmert hatte, 1/4 Stunde früher von seiner nur 500 Schritt von der Kaserne entfernten Wohnung fortgehen und sich in der Kaserne krank melden brauchen, dann wäre die Sache erledigt gewesen. Der Angeklagte bemerkte aber demgegenüber, daß sein Sohn hierzu nicht fähig gewesen wäre. Auch behauptete er, daß man seinen Sohn entgegen dem höheren Befehl, ihn nur 8 Tage im Lazareth zu behandeln, 6 Wochen dort behalten und ihm die privatärztliche Behandlung abgelehnt hätte. Der Hauptmann sowie der vernommene Oberstabsarzt befuhrten jedoch, daß der junge *J.* zunächst bei dem stellvertretenden Kompagniechef um Privatbehandlung nachgesucht habe, die ihm anfangs auch gewährt worden sei. Als aber der Hauptmann *H.* dieses hörte, hätte derselbe die Rückgängigmachung der Erlaubnis bewirkt, da er es für richtiger hielt, wenn *J.* ständig unter Kontrolle stände. Die Vollstreckung der Arreststrafe wurde anlässlich der Erkrankung hinausgeschoben. Nach Entlassung aus dem Lazareth wurde *J.* gestattet, daß er sich in Zivilkleidung innerhalb des Weichbildes der Stadt zwecks Gewöhnung seines Beines bewegen könne. *J.* fuhr jedoch am 15. August nach Travemünde und nahm dort an einem Taubenschützen Theil. Hier traf ihn der Oberleutnant *Bierecke*, der ihn zur Anzeige brachte. Die Folge waren weitere 3 Tage Mittelarrest. Der Angeklagte behauptete nun, daß seinem Sohn bei Verhängung der Strafe gesagt worden sei, er habe dieselbe wegen ungebührlichen Benehmens gegen Vorgesetzte in Travemünde erhalten. Vor Antritt der insgesamt ständigen Arreststrafe brachte *J.* das Attest des Herrn *Dr. Hartmann* bei, nach welchem er die Strafe insolge seines Gesundheitszustandes noch nicht verbüßen dürfe. Die militärärztlichen Untersuchungen ergaben aber das Gegentheil, so daß *J.* die 6 Tage mit einer eintägigen Unterbrechung abbüßen mußte. Der Hauptmann bemerkte noch, ihm sei der dienstliche Vorwurf gemacht worden, daß er *J.* noch viel zu milde bestraft hätte. Der Oberstabsarzt bezeichnete *J.* als einen energielosen, verwechlichten und leichtlebigen Menschen. Interessant ist aus der Aussage des Oberstabsarztes noch der Passus, daß man *J.* deshalb im August das Tragen von Zivilkleidung gestattet habe, damit das Volk (!) nicht stutzig würde, wenn es einen Soldaten so umherstreifen sähe. — Der Staatsanwalt *Dr. Benda* geißelte in scharfen Worten das Vergehen des Angeklagten und beantragte gegen ihn eine Geldstrafe von 500 Mk. Als nun der Angeklagte in seiner Vertheidigungsrede abermals darauf hinwies, daß dem Hauptmann zweimal die Disziplinarergewalt über seine Truppen entzogen worden sei, unterbrach ihn der Präsident mit den in großer Erregung gesprochenen Worten: „Ich verlange, daß Sie meinem Befehl gehorchen.“ (!!) Nach längerer Berathung erkannte das Gericht dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend auf 500 Mk. Geldstrafe, event. 50 Tage Gefängnis.

**Arbeiterrisiko.** Heute Morgen, kurz nach 9 Uhr verunglückte auf der *Kochschen* Werft der Arbeiter *Heimann* dadurch, daß er beim Abkippen einer Platte von der Deichsel des Plattenwagens getroffen wurde. Heimann, der an Hand und Kopf verletzt wurde, mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

**L. Im Stadttheater** gastirte am Sonntag mit großem Erfolge die *Hamburger* Künstlerin *Frl. Schloß* als *Margarethe* in *Giounos* gleichnamiger Oper. Die Dame verfügt über eine ansprechende, hohe Sopranstimme, die allen an sie gestellten Ansprüchen völlig gewachsen ist; es gilt dies sowohl in Bezug auf die gute Schulung, als auch auf die Ausdauer und Kraft des Organs. Da *Frl. Schloß* früher Schauspielerin war, so ist es ganz selbstverständlich, daß sie nach der darstellerischen Seite hin ihrer Aufgabe ebenfalls nicht schuldig blieb. Gleich die vorzüglich vorgebrachte *Schmud-Mrie* brachte ihr reichen Applaus. Dramatisch belebt war die Kirchenzene, ausgezeichnet gelang ihr der letzte Akt. Das zahlreich erschienene Publikum rief *Fräul. Schloß* vielfach vor die Rampe.

**Vortrag *Dr. Schlüter*:** „Unser Sinnesapparat vom Standpunkte eines Sträubers.“ Ueber dieses Thema sprach am Freitag Abend im gut besuchten Saale des *Konzerthaus* *Sünshausen* Herr *Dr. Schlüter-Süde* in sehr interessanter und eingehender Weise. Seine weit ausgreifenden Ausführungen lehrte er einer die Menschen an Klugheit weit übertreffenden Gelehrten-Gesellschaft des *Sirius* in den Mund. Diese war auf Erden gekommen und begann ihre Untersuchung mit einem kleinem Menschen-



## Der Großbankkapitalismus in der Krise.

= Mitten in der Krise, die Zehntausende selbstständiger Existenzen ins Proletariat hinabschleudert und verwüstend ihre schrecklichen Spuren zieht, vollzieht sich dennoch unauffällig die Entwicklung zum Großbetrieb, zum Großkapitalismus, zur unumwundenen Alleinherrschaft einiger großer Kapitalmagnaten. Der Untergang der Kleinen und Ganz-Kleinen ist nur Anlaß, daß die großen Kapitalpolyphen nur desto riesenhafter anwachsen. So erfüllt sich das Marx'sche Wort von der Konzentration allen Kapitals, aller Produktionsmittel in immer weniger Händen.

Ein Beweis dafür ist die Deutsche Bank. Seitdem die wirtschaftliche Krise ihren Gang geht, wird der Name dieses großen Berliner Bankinstituts, hinter welchem die bedeutendsten deutschen Kapitalisten stehen, immer häufiger genannt. Als in Leipzig durch den Kasseler Treibertrübnungsschwindel die Leipziger Bank zusammenbrach, errichtete sofort die Deutsche Bank dort eine Filiale und riß einen erheblichen Theil der sächsischen Geldgeschäfte an sich. Immer weiter haben sich die Geldfilialen der Deutschen Bank in der Provinz ausgedehnt, und je länger die Krise andauert, je höher steigt das Ansehen der Deutschen Bank.

Jetzt hat diese Bank wiederum ein Geldinstitut, und zwar die Duisburg-Ruhrorter Bank in sich aufgesogen und dadurch ihr Machtgebiet vergrößert. Wie bedeutend dieses Gebiet ist, erkennt man erst, wenn man die Gründer, Kapitalisten und Industriellen kennen lernt, die hinter der aufgesogenen Bankfirma stehen. Da sind die rheinischen Großindustriellen Haniel und Höninger, wodurch die Deutsche Bank die kapitalistische Entscheidung und Leitung und Entwicklung großer rheinischer industrieller Werke erhält; wir nennen nur die große Maschinenfabrik Haniel u. Lueg und die große Ruhrorter Röhrenfabrik Haniel u. Co. Die Haniels verfügen über eine ganze Anzahl Kohlenzechen, und da diese dem Kohlenyndikat angeschlossen sind, rebet nun die Kapitalistengruppe der Deutschen Bank auch in dessen Preispolitik hinein. In der Eisenindustrie kommen sie besonders in Betracht durch die „Gute Hoffnungshütte“, ein bedeutendes Werk, ohne welches kein Syndikat auf dem Eisenmarkt abgeschlossen werden kann. Die Höninger sind Besitzer großer Tabakfabriken, Webereien usw. So wird durch diese Betriebe die nunmehr mit unter den Einfluß der Deutschen Bank kommen, die Macht dieser Bankgruppe beträchtlich gesteigert.

Während aber so die Deutsche Bankgruppe Erfolge zu verzeichnen hat, gerade in der Zeit der Krise, die die Kleinen erdrückt, sind andere Gruppen von Großbankkapitalisten an der Arbeit, ebenfalls ihr Kapital zu vergrößern, um die Konkurrenz der „Deutschen Bank“ auszuhalten zu können. Gerade auf dem Bankenmarkte beobachtet man eine stürmische Vornwärtsentwicklung zum Großbetrieb. Große deutsche Bankinstitute, wie die Berliner Diskontogesellschaft und die Darmstädter Bank, zeigen ein mächtiges Streben nach Ausdehnung. Demnächst wird man von einer ganzen Reihe von „Fusionierungen“ von Provinzialbanken mit diesen großen Instituten hören.

Während die wirtschaftliche Krise die Arbeiter zu Hunger und Elend verurtheilt, saugen dergestalt die großen Polyphen unseres Wirtschaftslebens die Macht der Kleinen an sich. Die Krise hat die Existenz der Kleinen zerstört, ihr Besitz entrannt ihren Händen und, während sie zu Grunde gingen, rollte ihr Geld durch die tausend Röhren des kapitalistischen Zirkulationsprozesses in die Sammelbeden der großen Kapitalpolyphen. Dieselbe Entwicklung, die sich in Amerika bereits vollzogen hat, vollzieht sich jetzt bei uns in Deutschland. Dort drüben, in dem kapitalistischen Zukunftslande herrschen einzelne Kapitalistenringe über die Banken, die Eisenbahnen, die Schifffahrt, die Stahl- und Eisenerzeugung, die Lebensmittel usw.; bei uns reißen jetzt die hinter den Großbanken stehenden Kapitalistengruppen immer

mehr die Herrschaft auf allen Gebieten der Produktion an sich, sodaß bald einzelne Kapitalistengruppen die größten industriellen Institute beherrschen werden.

Damit tritt aber auch die ganze Un Sinnigkeit der gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsform in die Erscheinung. Tausende von Arbeitern einzelner Werke schanzten und schuften, ertrugen Ueberarbeit oder Betriebs Einschränkungen für einen oder zwei Unternehmer, deren Namen auf dem Firmenschild des Werkes stehen. Aber diese Eigentümer bekommen sie nie zu sehen, denn sie sind nur der Form wegen vorhanden. Die aus dem Schweiß der Arbeiter gewonnenen Millionen fließen an die Berliner Großbank und von dieser Centrale aus in die Hände von Kapitalisten, die das betreffende Werk und die betreffenden Arbeiter, aus denen sie ihre Millionengewinne herauslögen, wiederum nie zu sehen bekommen haben. Es ist in Wahrheit kein privateigentümlicher Betrieb der alten Art mehr. Der Privateigentümer ist bereits ausgemerzt und es ist an seine Stelle die Gesellschaft der Eigentümer getreten, nur, daß der Nutzen des Betriebs eben dieser begrenzten Gesellschaft der Eigentümer verbleibt und die Arbeiter ebenso und noch mehr als früher alle Schläge der kapitalistischen Ausplünderung erdulden. Die Gesellschaft hätte jedoch nur nötig, diese paar Eigentümer bei Seite zu schieben und sich selbst an ihre Stelle zu setzen, so wäre die gesellschaftliche Produktionsform der Zukunft, wie sie die Sozialdemokratie erstrebt, geschaffen, und es bräuhete nun nur noch die Lage der Arbeiter besser gestaltet werden, indem man ihnen den vollen Ertrag ihrer Arbeit in gesellschaftlichen Werthen zugänglich machte; es bräuhete nur der Absatz in Einklang mit dem Verbrauch gebracht werden. Das Bebel'sche Wort: „wir brauchen die Gesellschaft nur umzudrehen wie einen Handschuh und der Sozialismus ist da.“ ist also auf die gegenwärtige Epoche vollständig zutreffend.

Wer diese Entwicklung sich vollziehen sieht, erkennt die ganze Thorheit und Vergeßlichkeit des Kampfes, den die herrschende Klasse wider die Sozialdemokratie führt. Sie unterhält tausende Wäiter zum Kampfe gegen uns, ihre Parteien mühen sich ab, unseren Einfluß im Parlament zu brechen, jeder Arbeiter wird gemagregelt, der es wagt, thätig für die Sozialdemokratie einzutreten. Und dabei arbeitet dieselbe herrschende Kapitalistenklasse darauf hin, alle Vorstufen des Sozialismus zu erfüllen, ihn dem Tage seines Sieges immer näher zu bringen, indem sie selbst die Kapitalisten bei Seite räumt und die Produktionsmittel in immer weniger Händen konzentriert.

Daher kann auch die Arbeiterklasse mit der Zuversicht des Siegers ihre Kämpfe führen. Es giebt kein Zurück und auch in den Zeiten alles erschütternder Wirtschaftskrisen flühet der Strom der Entwicklung dem großen Ziele zu: der sozialistischen Gesellschaft der Zukunft.

## Soziales und Parteileben.

**Streiks und Vohnbewegungen.** In Havana streiken die Zigarrenmacher von 13 Firmen; die Arbeiter protestieren gegen die Einstellung einer zu großen Anzahl fremder Lehrlinge.

**Um die Reichstags-Fraktion im Zollkampfe nicht zu schwächen,** sind unsere Abgeordneten gegenwärtig außer Stande, Versammlungsreferate nach auswärts zu übernehmen. Die Parteigenossen werden deshalb gebeten, für die nächste Zeit darauf Rücksicht zu nehmen.

**Eine Elendsstatistik.** Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat im Laufe des letzten Frühjahres genaue Erhebungen über alle in der Rheinprovinz lebenden Krüppel anstellen lassen. Nach der jetzt vorliegenden Uebersicht gab es in der Provinz im ganzen 49 508 verküppelte Personen, und zwar 32 242 männlichen und 17 266 weiblichen Geschlechts. Als Ursache der Gebrechen ist in 16 419 Fällen ein Unfall, in 7936 Krankheit und Ueberanstrengung bezeichnet. Die größte Krüppelzahl hat mit 21 797

Personen der industriereiche Regierungsbezirk Düsseldorf. Es folgen Köln mit 8233, Trier mit 7419, Aachen mit 6137 und Koblenz mit 5922 Verküppelten. Unter der Gesamtzahl sind 40 928 Erwachsene über 16 Jahre und 8580 Kinder. 581 Männer waren Kriegsinvaliden. Nach der Konfession kamen unter Zugrundelegung der Volkszählungsergebnisse von 1900 auf 4 021 388 Katholiken 36 251, auf 1 663 218 Protestanten 12 902 und auf 52 251 Israeliten 355 Verküppelte. Höchst wichtig ist die Frage, wie viele von den Unglücklichen die Schule oder einen besonderen Unterricht haben besuchen können. Außer Ansatz bleiben hier 609 Kinder und 1492 Erwachsene, die als „geistig nicht gesund“ bezeichnet sind. Und da ergibt sich, daß 5155 erwachsene Krüppel gar keinen Unterricht genossen haben und daß 710 geistig gesunde Kinder durch ihr Leiden vom Schulbesuch völlig ausgeschlossen sind.

**Gemeindevahlen.** In Gera wurden 9 bürgerliche und 5 sozialdemokratische Kandidaten gewählt. Bei den Stadtverordnetenwahlen in Werder a. S., die für die dritte Abtheilung am Donnerstag stattfanden, errangen zum ersten Male die Kandidaten der Sozialdemokraten den Sieg. Gewählt wurden, gegen die Kandidaten der Obsthändler und Gewerbetreibenden, mit größerer Mehrheit der Restaurateur M. Koch und die Maurer L. Boreck und W. Sasse.

**Ein zurückgenommener Ausschlußbeschluss.** Im Sozialdemokratischen Verein Nürnberg wurde am Mittwoch in einer außerordentlichen General-Versammlung der Antrag eingebracht, den Fabrikanten Raubinek, der vor 2 1/2 Jahren ausgeschlossen wurde, wieder aufzunehmen, da der Ausschluß in der Erregung erfolgt sei. R. hatte damals in der Dertel-Affäre in die „Frankfurter Zeitung“ Artikel geschrieben, worin die damalige Parteileitung schwer angegriffen und gewissermaßen beschuldigt wurde, das tragische Schicksal veranlaßt zu haben. Dieser Beschluss wurde nunmehr zurückgenommen.

**Die sozialdemokratische Partei in Genf** nahm in einer Versammlung eine Resolution an, durch die erklärt wird, daß Thiebaut nicht mehr als Vertreter der sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Kantons Genf anerkannt wird. Ob dieser Beschluss den Ausschluß Thiebauts aus der Partei bedeutet, geht daraus nicht klar hervor, ebensowenig, ob er sich persönlich durch seine Haltung anlässlich des Generalstreiks verfehlt hat, oder ob der Beschluss von der Erwägung bestimmt worden, daß ein Sozialdemokrat nicht Mitglied einer solchen reaktionären Regierung, als welche sich die Genfer erwiesen hat, sein kann.

**Russische Streikstatistik.** Wie wir den im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart herausgegebenen „Materialien zur Arbeiterfrage“, die in russischer Sprache erscheinen, entnehmen, haben im Jahre 1901 in Rußland 120 Streiks stattgefunden, an denen 24 668 Arbeiter theilhaftig waren, die 99 548 Arbeitsstunden verloren. Die Hauptursachen der Streiks waren Forderungen wegen Erhöhung des Lohnes, wegen Verminderung der Arbeitszeit und Unzufriedenheit mit Vertheilung der Arbeiten, wodurch der Arbeitslohn vermindert wurde. Die Zahl aller Arbeiter auf den Fabriken wird mit 44 665 angegeben. Bei 38 Streiks gewannen die Arbeiter, bei 38 verloren sie und in 28 Fällen machten beide Theile Zugeständnisse. Die größte Zahl der Streiks fand in den Gouvernements Wilna (30), Mohilew (13) und Petersburg (12) statt. In der Zeit von 1895 bis 1897 einschließlich haben auf den Fabriken (ausschließlich der kleinen) 303 Mal Unruhen stattgefunden, an denen 90 122 Arbeiter theilhaftig waren.

## Aus Nah und Fern.

Wie dringend nothwendig es ist, das oft in die Erscheinung tretende Mißverhältniß zwischen Gerichtsosten und Strafe zu beseitigen, hat ein Vorfall zur Evidenz erwiesen, der sich in Wapenburg abspielte. Wegen Uebertretung des § 6 der Fahrradordnung

## In den Wänen.

Roman von R. Orth.

36. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Der Brief war nicht danach angethan, Dougherty mit Freude zu erfüllen, denn er sah voraus, daß die Auseinandersetzung mit Daisy eine sehr peinliche werden würde. Aber es wäre ihm zugleich als eine Freigebit und als eine Unflugheit erschienen, sich ihr zu entziehen, und so war er schon am Donnerstag Abend in Pittston eingetroffen, um in Jesse Majors Hotel, einem kleinen anständigen Logierhause, Quartier zu nehmen und die Ankunft des jungen Mädchens zu erwarten.

Da er sich nicht gestimmt fühlte, in eine der wüsten Branntweinrenten einzutreten, die den wenig vermögenden Bürgern von Pittston alle anderen Erholungs- und Vergnügungsmöglichkeiten ersetzen müssen, schlenderte er auf's Gerathwohl durch die schmutzigen Straßen des Ortes, und ein Menschenauflauf, den er in der Nähe des Bahnhofes gewahrte, veranlaßte ihn, mehr aus Langeweile als aus wirklicher Neugier, näher zu treten.

„Was giebt's denn da?“ fragte er einen alten Mann in Bergmannstracht, der sich eben aus dem Knäuel löste und es anscheinend sehr eilig hatte, irgend wohin zu kommen.

„Haben sie einen umgebracht?“

„Nein. Ein junges Mädchen ist krank oder ohnmächtig zusammengebrochen, und ich will laufen, einen Doktor oder wenigstens ein paar Frauenzimmer herbeizuschaffen, denn es weiß niemand recht, was er mit ihr anfangen soll.“

Nun war Dougherty's Theilnahme doch gewandt, und er schob beiseite, was ihm bis jetzt noch den Abdruck der Szene veripert hatte. Er sah eine schlanke Mädchengestalt, die auf die Stufen einer Haustreppe niedergesunken war, und die ein menschenfreundlicher Arbeiter soeben dadurch in's Leben zurückzurufen suchte, daß er ihre Schläfen mit einigen

Tropfen aus seiner Branntweinflasche benetzte. Noch entzog ihm der Mann den Anblick ihres Gesichts, aber in ihrer ganzen feingliedrigen Figur und vor allem in der Farbe ihres prächtigen, in diesen goldig schimmernden Flechten aufgesteckten Haars war etwas, das Dougherty wie mit eisernen Krallen in's Herz griff, und das für einen Moment seinen Athem stoden machte.

Er stürzte zu der Ohnmächtigen hin, und da rang es sich wie ein Aufschrei halb des Schreckens und halb des Jubels von seinen Lippen: „Maud! O mein Gott — Maud! Mein süßes, geliebtes Mädchen!“

Und was alle gutgemeinten Bemühungen ihrer ungeschickten Helfer nicht vermocht hatten, der Langvermißte und heißersehnte Klang seiner Stimme brachte es wie durch ein Wunder zu Stande. Die Lider der Ohnmächtigen begannen zu zittern, und eine Sekunde später sah sie aus großen, erschauerten Augen an sich, ohne sogleich die Situation zu begreifen, in der sie sich da befand.

Sie blickte in das zärtliche Männerantlitz empor, das sich über sie herabgeneigt hatte. Die wohlbekannte, weiche Stimme hatte ein dunkles Erröthen in ihre Wangen gejagt, aber die veränderte Farbe des Haars und der wilde rothe Bart verhinderten sie, ihn sogleich zu erkennen.

„Es ist ein Traum“, flüsterte sie. Und dann suchte sie sich trotz ihrer Schwäche mit einer energischen Bewegung aus dem umschlingenden Männerarm zu befreien.

Der aber hielt sie fest, und nun raunte er ihr mit heißem Athem ins Ohr: „Nein, Maud, es ist kein Traum. Ich bin es — Morgan. Und Du bist sicher und geborgen unter meinem Schutze.“

Zeit öffneten sich ihre Augen, die noch größer und glänzender erschienen in dem schmal und blaß gewordenen Gesicht. „Du — Du! Ach wie glücklich ich bin — Du mein Geliebter.“

„Wie küßt Du Dich, Maud?“ fragte er leise. „Ja Dir jetzt besser, und glaubst Du Dich stark genug, um auf-

zustehen und mit meiner Unterstützung eine kurze Strecke zu gehen?“

„Ja, Morgan, mir ist ganz wohl. Führe mich hinweg von hier — schnell!“

Sie hatte sich rasch erheben wollen, aber sie wäre doch außer Stande gewesen, sich aufrecht zu halten, wenn sein starker Arm sie nicht umfaßt und gestützt hätte.

„Und wohin darfst Du Dich bringen?“ fragte er. „Sicherlich bist Du hier ja nicht allein. Wo werden wir diejenigen finden, mit denen Du gekommen bist?“

„Es ist niemand bei mir, Morgan. Ich bin ja gekommen, um Dich zu suchen.“

„Wohin soll ich denn jetzt mit dem Koffer?“ wandte sich in diesem Augenblick ein halbwüchsiger Bursche, welchen Dougherty bis dahin im Gedränge der anderen nicht bemerkt hatte, an das junge Mädchen. „Der Schnellzug von Pittsville kommt in einer Viertelstunde, und bis dahin muß ich wieder am Bahnhof sein.“

Ueber Mauds bleiches Gesicht ging ein Röthen. „Fragen Sie diesen Herrn“, erwiderte sie, „er allein ist es, der jetzt darüber zu bestimmen hat.“

„Bringen Sie den Koffer in Jesse Majors Hotel“, besaß Dougherty in dem Gefühl, daß jetzt nicht lange Zeit zum Ueberlegen sei. Er kannte kein anderes Gasthaus in Pittston und hatte überdies einigen Grund zu der Annahme, daß die übrigen zum Aufenthalt für eine junge Dame noch viel weniger geeignet sein dürften.

Auf seinen Arm gestützt, ging Maud an seiner Seite dahin.

„Du darfst mich hier nicht bei meinem Namen nennen“, Maud,“ flüsterte Dougherty ihr zu, als sie sich Jesse Majors Hause näherten, „Du mußt mich in allem gemächlich lassen, ohne mir zu widersprechen oder mich Lügen zu strafen. Ich werde Dir später erklären, weshalb es so sein muß.“

Aber er hätte wohl auch ohne diese Mahnung nicht zu

für die Provinz Hannover wurde gegen einen dortigen Kaufmann ein Strafbefehl in Höhe von 1 Mk. erlassen. Das Schöffengericht sprach den Angeklagten von Strafe und Kosten frei. Auf die von der Anwaltschaft eingelegte Berufung bestätigte die Strafkammer in Osnabrück unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils den Strafbefehl in Höhe von 1 Mk. Da zu dem Verhandlungstermin vier Zeugen von Papenburg nach Osnabrück geladen waren, ist dem betreffenden Kaufmann eine Kostenlast von etwa 140-150 Mk. entstanden.

**Der beleidigte Rechtsanwält.** In dem Prozeß gegen den Aufsichtsrath der Kasseler Trebergesellschaft hatte einer der Verteidiger, der Rechtsanwält Kohn in Dortmund, treffend den ersten Reichsanwält in Parallele mit dem angeklagten Schmidt gebracht, der, seinem ganzen Gebahren nach, doch nur den größeren Vorkurschwindlern anzureichen war. Das Urtheil über die Leute, meinte der Rechtsanwält Kohn, hängt lediglich von ihrem Erfolge ab. Wenn Wisniewski nicht im Jahre 1866 vom Glück begünstigt gewesen wäre, würde das deutsche Volk über ihn ebenso abfällig urtheilen, wie über den Treberschmidt. So richtig diese Meinung des Rechtsanwält war, so seltsam war das spätere Verhalten des Herrn Kohn. Der Fall wurde im Briefkasten des „Klabberadatsch“ erwähnt mit dem Bemerkten, daß Kohn verdiene, nach der Danteschen Methode, also mit einer angemessenen Prügelstrafe, bestraft zu werden. Darüber ergrimmte Kohn und strengte gegen den Redakteur des „Klabberadatsch“, Dr. Trojan, eine Beleidigungsklage an. Dieser Tage wurde das Urtheil darüber gefällt und lautete gegen Trojan auf 5 Mark Geldbuße. Jetzt ist der Advokat blamiert; er hätte klüger gethan, auf den Strafantrag zu verzichten. Der Herr hat durch die Privatklage nur dafür gesorgt, daß infolge der geringen Strafe von 5 Mark den Wühlfaltern noch reichlichere Gelegenheit gegeben ist, sich mit Herrn Kohn zu beschäftigen und den Advokaten für diejenigen als Karikaturbild abzuzeichnen, die den kleinen Kohn noch nicht gesehen haben.

**Fast verhungert** ist dieser Tage der Arbeiter Stamme aus Wernigerode, der am Montag beim Büchsenberg den Weg verlor und in eine etwa 30 Meter tiefe Grube stürzte, die vom Bergbau herkommt. Seine Hilferufe verhallten, da die Felsenwände abwärts liegen. Am Mittwoch Nachmittag hörte der Bergwächter Stimmen und begann, der Erleichterung nahe, abermals zu rufen. Mit großer Mühe gelang dann seine Rettung mittelst Seiles. Frost und Hunger sowie der furchtbare Sturz haben den Mann derartig mitgenommen, daß seine Entlassung ins Krankenhaus erforderlich geworden ist.

**Eine hypermoderne Heirathsgeschichte** illustriert die „Luzer Fig.“ in ihrem letzten Theil als in Lehr pastri: „Dreiwöchige Bekanntschaft. Letzten Sonntag Hochzeit. Montag Aussteuerung. Dienstag Erlobnissgebungen über Vorleben; Entlassung und Trennung. Mittwoch Abholung des gekauften und nicht bezahlten Heirathsgutes durch die Beirathen.“ Viel schneller kann's selbst in Amerika nicht gehen.

**Eines Gemeindevorstandes**, wie man sich ihn nicht besser wünschen kann, kehrt eine Ortsgemeinde im Trebnitzer Kreise (Schlesien). Er sollte eine Pfändung vornehmen; da indessen die Frau des zu Pfändenden das Pfändobjekt, einen hölzernen Hund, von der Kette losließ, als sie den Vorfall kommen sah, dieser aber die Sache gerne los sein wollte, ging er zum Gemeindevorstand und zahlte die Schuld aus seiner Tasche.

**Die eine Konversion von Staatschulden** ausführt. Aus Paris wird der „Fig.“ berichtet: Wenn man jetzt den großen nach der Place du Carroussel sich öffnenden Louvre-Hof überschreitet, bemerkt man in der vorläufigen Ecke seltsame Baracken, die für die Konversion der 3/4prozentigen Staatspapiere erbaut wurden. Sie stehen sich dem Nordflügel des Louvre entlang, in dem das Finanzministerium untergebracht ist. Nur mag es einem befremdlichen gewöhnlichen Sterblichen nicht sofort einleuchten, warum der Herr Finanzminister Bretschneider ausschlagen muß, wenn er seinen Gläubigern die Papiere verkauft. Aber eine Konversion ist keine einfache Sache. Die Verwaltung der Staatschulden engagirt dafür nicht weniger als 200 neue Beamten, und diesen Beamten sind die Baracken gewidmet. Die im Sommer beschlossene Konversion umfaßt ein Kapital von etwa 5 Milliarden Frank, gaarzer eine jährliche Zinszahlung von 237 639 301 Frank auf 2 092 545 einzelne Titres. Und diese 2 Millionen Titres

mit ihren Couponbogen müssen alle umgeschrieben und neu in das „Große Buch“ der französischen Staatschuld eingetragen werden. Glücklicher Weise oder unglücklicher Weise, wenn man bestimmt ist, gehören diese Couponbogen nicht alle verschiedenen Eigenthümern, sondern nur etwa 500 000. Immerhin bleiben 368 015 auf den Namen, 123 810 gemischt und 1 600 720 auf den Inhaber lautende Umschreibungen zu transformiren. Die Konversion der 3/4prozentigen Rente erfordert die neue Anlegung von 370 Bänden des „Großen Buches“, das, wie man weiß, nicht ein einziges Buch, sondern eine unendliche Zahl von Bänden darstellt. Was die neuen Bände an Ausgaben für Papier und die Umschreibung für Tinte und Federn beansprucht, ist leider nicht bekannt. Die Holzbaraden kosten die hübsche runde Summe von 100 000 Frank. Die 200 neuen Beamten erhalten 5 Frank pro Tag und 1 Frank pro Ueberstunde. Voraussetzlich werden sie 3 bis 4 Monate von Morgens 8 Uhr bis Abends 11 Uhr zu thun haben, um ihre Aufgabe zu bewältigen. Wären alle Renteninhaber vom Range der Madame Furtado-Heine, die auf einen einzigen Titre für 1 800 000 Frank jährliche Zinsen im „Großen Buch“ eingeschrieben ist, also für etwa 51 Millionen Kapital, dann hätte der Finanzminister wahrscheinlich keine Baracken zu bauen brauchen. Aber zum größeren Wohle der Menschheit bestrafen sich unter den umzuformirenden Titeln auch sehr viele von den Typen zu zwei, drei, vier bis zehn Franken.

**Ein Monstreprozeß.** Am 15. Dezember beginnen in Montpellier (Frankreich) die Verhandlungen in dem Monstreprozeße gegen die Theilnehmer an dem Ueberfalle des Dorfes Marguerite in Algerien. Die Angeklagten, 106 an der Zahl, wurden Donnerstag in Algier eingeschifft und treffen dieser Tage in Montpellier ein. Ein Bataillon des 122. Infanterie-Regiments hat sie durch die Stadt zu eskortiren. Bei der Ueberfahrt über das Mittelmeer werden sie von 30 Gendarmen bewacht. Den Geschworenen werden nicht weniger als 800 Hauptfragen und im ganzen etwa 2000 Fragen vorgelegt. Da die Angeklagten fast ausschließlich Mohammedaner sind und für die Franzosen schwer verständliche und schwer auszusprechende Namen tragen, werden sie numerirt.

**Ein seltsames Vorfachen** wurde in der letzten Sitzung der Akademie der Wissenschaften zu Paris zur Kenntniß der anwesenden Mitglieder gebracht. Ein Herr, der auf den poetischen Namen Violette (Weißchen) hört, hatte der gelehrten Versammlung nämlich eine Petition zu geben lassen, sie möchte nach einem Mittel forschen, um die Hunde zu verhindern, sich auf den Bürgerreigen und Dämmen — zu vergessen. Das Interesse der Hygiene erheische dringende Maßregeln gegen diese Zwanglosigkeit; überhaupt sei es recht und billig, auch den Hund einen Zwang aufzuerlegen, wenn es den Menschen nicht gestattet ist, auf die Straßen zu spielen. (Das Auswerfen auf offener Straße ist bekanntlich in Paris zur Abwehr gegen die Verbreitung der Tuberkulose durch Polizeianschläge verboten.) Herr Violette hatte natürlich mit diesem wohl begründeten Gesuche einen für mich einen Heiterkeitserfolg zu verzeichnen.

**Griechen und Perser.** Die Londoner „Morning Post“ meldet aus Athen, daß Ibrahim Khan Muawin Dowlet, der neuernannte persische Gesandte an den Höfen von Romänien und Griechenland, demnächst in Athen eintreffen wird, um dem König sein Beglaubigungsschreiben zu überreichen. Bei dieser Gelegenheit soll es ganz besonders feierlich zugehen. Seit dem Jahre 491 vor Christus, als Darius durch seinen Gesandten von den Athenern als Zeichen der Unterwürfigkeit Erde und Wasser verlangte, ist kein persischer Gesandter nach Athen geschickt worden, und die Wiederankündigung der diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Staaten nach einem Zwischenraum von 2393 Jahren wird deshalb als geschichtliches Ereigniß gefeiert werden.

**Landstreichende Lehrer,** ein Kulturbild aus Rußland. Wir lesen im St. Petersburger „Herold“: „Der Saratowsker Onewnik“ lenkt die Aufmerksamkeit auf eine merkwürdige Erscheinung des Landlebens: auf Lehrer, die sich als Landstreicher herantreiben, weil ihren Lehrern zu wenig nachgefragt wird. Diese landstreichenden Lehrer setzen sich aus den verschiedenartigsten Berufsständen zusammen. Man findet unter ihnen gewisse Studenten, verabschiedete Soldaten, entlassene Geistliche und Schreiber aller Art, mit einem Wort — gecheiterte Eri-

stände gewesen, an mir vorüberzugehen, ohne Dich zu verathen.“

„Er war plötzlich sehr ernst geworden.“ „Ich weiß nicht, ob ich dazu die Kraft gehabt hätte“, versetzte er. „Aber ich weiß, daß es eigentlich meine Pflicht gewesen wäre, es zu thun. Aber nicht von mir wollen wir jetzt reden, sondern von Dir. Ich sehe ja vor dieser Begegnung noch wie vor einem Wander, Du, des Millionärs Ferguson Tochter, hier im Berggebiet — und weiterjenseits? Es ist unfaßbar. Und das alles nur um mich?“

„Und um was sonst hätte ich mich wohl in diese Gegend begeben sollen? Da Du kein Lebenszeichen nach New-York gelangen ließst und ich an Deinen Tod nicht glauben wollte, mußte ich mich wohl entschließen, die Ursache Deines Schweigens selbst zu erforschen.“

„Weißt aber weißt Du, daß ich hier bin? Wer kann es Dir gesagt haben, da es doch ein streng gehütetes Geheimniß so langer Reisen ist?“

„Zur Hälfte habe ich es errathen und zur anderen Hälfte erfuhr ich es aus dem Munde einer Person, die sich um meine Liebe willen nicht berechtigt glaubte, es mir zu verschweigen.“

„Maud — wenn ich Dich jetzt recht verstehe — meine Mutter —“

„Ja, Deine Mutter, Morgan — unsere Mutter! Sie hat mir alles gesagt, denn sie wußte, daß ein Geheimniß, an dessen Bewahrung Dein Leben hängt, bei keinem Menschen auf Erden besser und sicherer aufgehoben sein kann, als bei mir.“

„Du hast sie also kennen gelernt — bist ihr nahe getreten? Und dies alles, obwohl —“

„Obwohl ich von Dir verabschiedet war.“

„Wie hast Du mich getroffen, Geliebte! Ach, wenn Du wüßtest, was es mich gekostet hat, fern amütheligen Briefe zu schreiben, es mich ich dazu gebracht wurde, es zu thun!“

„Sie neigte sich über ihn, um ihn zu küssen.“ „Wähnt Du, thörichtester Mann, daß ich hier sein würde, wenn ich es nicht wüßte? Ich habe alles erfahren, und weil ich begreife, daß Du den Zusammenhang der Dinge nicht ohne meine Hilfe errathen kannst, so laß Dir's erzählen.“

„Sie legte seinen Arm um seine Schultern, und in tiefer Bewegung vernahm er, was sich seit seiner Abreise von New-York zugetragen hatte. Er hörte schweigend zu. Als sie dann aber so schonend wie möglich von der erschütterten Gesundheit und der zunehmenden Schwäche seiner Mutter sprach, sprang er bestürzt empor.“

„Sie ist krank — schwer krank vielleicht! O, Maud, sage mir die ganze Wahrheit — meine Mutter ist nicht mehr am Leben?“

„Doch, Morgan — sie lebt und ihre Krankheit ist zum Glück nicht unheilbar. Aber es giebt nur ein einziges Heilmittel, und Du bist es, der es besitzt. Deine Rückkehr allein kann sie gesund machen, und darum habe ich ihr versprochen, Dich zu holen.“

„Meine Rückkehr? Nein, Maud! So schwachen Herzens ist meine Mutter nicht, daß sie an der Sehnsucht nach mir zu Grunde gehen könnte. Sie selbst ist es ja gewesen, die mich angefeuert hat, dieses heilige Werk der Rache zu übernehmen.“

„Gerade, daß sie Dich dazu angefeuert hat, ist ja die Ursache ihres Leidens. Du darfst es mir glauben, Morgan, denn ich weiß es aus ihrem eigenen Munde.“

„So wirst Du ihr jetzt in meinem Namen versichern, Maud, daß sie sich ohne Noth mit Vorwürfen gequält hat, daß ich Bunkertons Auftrag angenommen hätte, auch wenn es ihr Wunsch gewesen wäre, mich davon zurückzuhalten; daß ich mich durch nichts in der Welt an der Erfüllung der heiligen Pflicht hätte hindern lassen, meinen Vater und Bruder zu rächen.“

(Fortsetzung folgt.)

flenzen aller Professionen. Die weitaus größere Mehrzahl dieser Leute sind starke Säuser, Leute, die in ihrem Leben Alles verloren haben. Viele haben sogar die einst besseren Kenntnisse vergessen, so daß es mit ihrem Wissen recht trostlos bestellt ist. Das Frühjahr und den Sommer über treibt sich diese Sorte von Lehrern in der Stadt herum. Der „wagrende Lehrer“ bildet hier einen ständigen Besucher der verschiedenen Kneipen und Theekellern, in denen er Klagen oder Briefe für die übrigen Besucher schreibt und dabei gehörig trinkt. Mit Eintritt des Herbstes schürt ein solcher Lehrer sein Bündel, nimmt den Wanderstab zur Hand und zieht aufs Land, um in irgend einem Dorfe den Bauernkindern die Weisheit mit Köffeln einzutrichtern. Es giebt sehr viele landstreichende Lehrer, die ihren bestimmten Ort haben, an welchem sie sich alljährlich niederlassen. Man freut sich, wenn sie kommen, kennt sie genau und überfieht ihre Fehler wegen ihrer guten Eigenschaften. Aber es giebt auch Lehrer, deren Rückkehr das Dorf nicht ohne Grund fürchtet. Erscheint ein landstreichender Lehrer in einem Dorf und wird das Bedürfniß für seine Gegenwart festgestellt, so beginnt er mit dem „Sammeln“ von Schülern. Diejenigen Lehrer, die wirklich einige Kenntnisse besitzen, stellen sich meist unter die Protektion des Dorfgeistlichen, um ihrer Person mehr Gewicht zu verleihen. Hat sich der Lehrer nieder gelassen, so vereinbart er mit den Eltern der Schüler die Bedingungen, unter denen er ihre Kinder unterrichten wird, sowie den Ort und die Zeit des Unterrichts. Das Honorar, das diesen Lehrern zuerkannt wird, besteht aus einer Zahlung von 50 Kopelen bis zu einem Rubel monatlich für jedes Kind. Zu Unterrichtszwecken wird entweder eine besondere Hütte gemiethet oder der Unterricht findet abwechselnd in der einen oder anderen Bauernhütte statt. Im ersten Falle bedingt sich der Lehrer auch ein bestimmtes Quantum von Nahrungsmitteln aus oder er speist bei den Bauern, in deren Hütten er unterrichtet. Der Unterricht beginnt meist, sobald es hell geworden ist, und wird fortgesetzt, bis der kurze Wintertag zur Neige geht. Von einer Einseitigkeit des Unterrichts kann natürlich bei derartigen Lehrern keine Rede sein. Ein jeder lernt, wie es ihm gut dünkt. Er weiß, daß der Bauer geizig ist und kommt daher nie mit irgendwelchen Forderungen. Alle Mißerfolge werden den Schülern selbst zugewiesen geschrieben, denn der Lehrer, der sich den ganzen Tag mit seinen Höglungen beschäftigt, und die Faulen dazwischen gehörig durchnügelst, muß gut sein. Man muß den Unterricht eines solchen landstreichenden Lehrers angehört haben, um die Kinder und deren Eltern tief zu bemitleiden. Vogelumpf, Schmutzig, branntweinundstund herischt ein solcher Lehrer über die unschuldigen Kinderseelen. Dabei lagduckelt und diener er vor jedem betrunkenen Bauern in der Hoffnung, vielleicht ein Gläschen Branntwein zu erhalten; jedem Bauernwirth führt er seine Kunststücke vor, um dessen Gunst zu erwerben. Schlimmer wird die Sache jedoch, wenn das Dorf einen Winkeladvokaten, der in den Kneipen der Stadt gearbeitet hat, zum Lehrer erhält. Dieser begnügt sich nicht damit, die Kinderherzen zu vergiften, sondern er drängt sich in alle Angelegenheiten des Dorflebens, bemüht sich, Zwist und falsche Ansichten zu verbreiten und tritt als Rechtsanwält derjenigen Partei auf, die mehr zählt. So bilden diese landstreichenden Lehrer ein Element, das von der Regierung noch nicht genügend beachtet worden ist.“

#### Literarisches.

Für Freunde der Oper sei nachdrücklich auf die im Verlage von Hermann Seemann nachfolger erscheinenden „Opernführer“ (ca. 100 Nummern à 50 Pfg.) hingewiesen, die in weit höherem Maße als alle sonstigen Text- und Führer-Ausgaben völlig erschöpfende, feinst geschriebene und mit vielen vortrefflich gewählten Notenbeispielen erläuterte Darlegungen aller bedeutenderen Bühnenwerke bringen. An der Hand dieser von hervorragenden Musikchriftstellern verfaßten Opernführer wird jeder gebildete Leser sich den Genuß eines Opernabends ganz ungemein erhöhen können. Auch einige neuere Hefte der Sammlung mit Erläuterungen zu Gluck's „Daphne“, Berlioz's „Mancu“, Donizetti's „Don Pasquale“, Rubens „Fra Diavolo“ und Smetanas „Der Kub“, die uns jüngst zu Händen kamen, haben uns nur in der Ansicht bestärken können, daß den Seemann'schen Opernführern als wirklichst erschlüssigen künstlerischen Bildungsmitteln weitest Verbreitung zu wünschen sei. Die Führer sind durch jede bessere Buchhandlung resp. bessere Musikalienhandlung zu beziehen.

„Sie neigte sich über ihn, um ihn zu küssen.“ „Wähnt Du, thörichtester Mann, daß ich hier sein würde, wenn ich es nicht wüßte? Ich habe alles erfahren, und weil ich begreife, daß Du den Zusammenhang der Dinge nicht ohne meine Hilfe errathen kannst, so laß Dir's erzählen.“

„Sie legte seinen Arm um seine Schultern, und in tiefer Bewegung vernahm er, was sich seit seiner Abreise von New-York zugetragen hatte. Er hörte schweigend zu. Als sie dann aber so schonend wie möglich von der erschütterten Gesundheit und der zunehmenden Schwäche seiner Mutter sprach, sprang er bestürzt empor.“

„Sie ist krank — schwer krank vielleicht! O, Maud, sage mir die ganze Wahrheit — meine Mutter ist nicht mehr am Leben?“

„Doch, Morgan — sie lebt und ihre Krankheit ist zum Glück nicht unheilbar. Aber es giebt nur ein einziges Heilmittel, und Du bist es, der es besitzt. Deine Rückkehr allein kann sie gesund machen, und darum habe ich ihr versprochen, Dich zu holen.“

„Meine Rückkehr? Nein, Maud! So schwachen Herzens ist meine Mutter nicht, daß sie an der Sehnsucht nach mir zu Grunde gehen könnte. Sie selbst ist es ja gewesen, die mich angefeuert hat, dieses heilige Werk der Rache zu übernehmen.“

„Gerade, daß sie Dich dazu angefeuert hat, ist ja die Ursache ihres Leidens. Du darfst es mir glauben, Morgan, denn ich weiß es aus ihrem eigenen Munde.“

„So wirst Du ihr jetzt in meinem Namen versichern, Maud, daß sie sich ohne Noth mit Vorwürfen gequält hat, daß ich Bunkertons Auftrag angenommen hätte, auch wenn es ihr Wunsch gewesen wäre, mich davon zurückzuhalten; daß ich mich durch nichts in der Welt an der Erfüllung der heiligen Pflicht hätte hindern lassen, meinen Vater und Bruder zu rächen.“

(Fortsetzung folgt.)